



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1920

501 (5.11.1920) Mittags-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-194174](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-194174)

Wannheimer Generalanzeiger

Verlagsdirektor: Dr. Hermann W. Dörflinger, Geschäftsführer: Dr. Hans W. Dörflinger, Druckerei: W. Dörflinger & Co., Mannheim, Hauptstraße 10, Telefon 1000-1001.

Bayerische Neuere Nachrichten

Verlagsdirektor: Dr. Hans W. Dörflinger, Geschäftsführer: Dr. Hans W. Dörflinger, Druckerei: W. Dörflinger & Co., Mannheim, Hauptstraße 10, Telefon 1000-1001.

Wrangels Niederlage.

Die vorliegenden Nachrichten stimmen darin überein, daß der erste Ansturm der Bolschewisten gegen General Wrangel Erfolg gehabt hat. Trotzki ist infolgedessen außer sich vor Wut und Siegesbewußtsein und erläßt Kundgebungen, die nur so Tropfen von glänzenden Phrasen. Aber die Siegesphrasen täuschen nicht darüber hinweg, daß die Lage Sowjetrusslands nach innen wie nach außen noch wie vor ernst bleibt. Die antibolschewistische Bewegung ist im Wachsen und in der Kräfte ist die militärische Lage noch nicht endgültig zugunsten Wrangels entschieden. Eine Niederlage hat er erlitten, seine Armee ist auf die Perle-Station zurückgegangen. Aber es sind Bemühungen im Gange, die militärische Lage wiederherzustellen. Von der polnischen Front sind Verstärkungen unterwegs. Französische Blätter sagen, es handle sich um einen strategischen Rückzug, der es dem französischen Heer gestatte, bis zur besseren Jahreszeit abzuwarten. General Wengand, der auch den Ansturm der Bolschewisten gegen Warschau geordnet hat, arbeitet einen neuen Operationsplan aus. Der Krieg wird also weitergehen. Die weitere Frage wird sein, ob der Anfangserfolg der Bolschewisten genügen wird, die gegenrevolutionäre Bewegung zum Stillstand zu bringen. Das könnte wohl nur der Fall sein, wenn die Erfolge sich dauernd befestigen lassen würden. Ueber diese entscheidende Frage ist heute noch kein Urteil zu fällen.

Weiterer Rückzug.

Paris, 4. Nov. Ein Funkpruch von Moskau kündigt an, daß die roten Truppen im Kriegsjahr fortfahren, den Bestand zurückzubringen, der sich unter heftigen Kämpfen in der Richtung der Halbinsel zurückgezogen haben.

Eine Kundgebung Trotzki's.

Moskau, 4. Nov. (WB.) Der Heeresbericht besagt: In der Sübfiont dauert unser Angriff fort. In Melopol eroberten wir drei unbeschädigte Panzerzüge, 18 (?) gewaltige Geschütze, 100 Waggons mit Beschossen, 25 Automotoren und über 25 Millionen Pud Brotkorn.

In einer Kundgebung Trotzki's vom 2. November heißt General Wrangel liegt in den letzten Zügen; die roten Armeen halten ihn von allen Seiten umringt. Durch den letzten Ansturm der tapferen roten Regimenter wurde der Front von den Bandagen abgeschnitten. Er sucht jetzt in jeder Richtung einen Ausweg, Wrangel ist noch nicht vernichtet, aber sein Schicksal ist besiegelt. Dieser große Erfolg wird, falls er glücklich beendet wird, uns bald den Zugang zur Krime verschaffen. Erst müssen aber die Hauptkräfte der Weisgardisten zerprengt werden. Durch den energischen Schlag werden wir die Tore zur Krime öffnen. Die Krime, die bisher als Festung für die Gegenrevolution diente, wird für die letzten Weisgardisten zur Festung werden. Unser Erfolg an der Front des Generals Wrangel wird sofort auf unsere internationale Bewegung zurückwirken. Polen, das mit uns den Vorwärtsschritt hat, versucht durch Petljura, Sawinkow und Schandkowski den Krieg gegen uns fortzusetzen. Die französische Besatzung versucht den dienstfertigen Pilsudski wieder in einen Kampf gegen uns zu verwickeln. Unsere Aufgabe ist es, das bolschewistische Regime im Süden endgültig zu vernichten und die Träume der französischen Schöcherer zum Scheitern zu bringen.

Schließlich spricht Trotzki die Heberzeugung aus, daß am 1. November der Oktoberrevolution die Tore zur roten Sowjetunion geöffnet sein werden.

Frankreich ergreift eine neue Wrangel-Armee.

Paris, 4. Nov. (WB.) General Wengand, der als Vertreter Frankreichs bei Wrangel ankommen ist, hat dessen Streitkräfte inspektiert und ist der Ansicht, daß die Krime neuorganisiert werden muß. Wengand schlägt eine Teilung der Streitkräfte in zwei Armeen vor, während die eine in der Krime operieren soll, während die andere sich zu einer Offensive gegen Moskau vorzubereiten müsse, die im Frühjahr sobald als möglich vorgenommen werden müsse, ehe die Bolschewisten ihre Pläne durchführen könnten. Wengand hat seine Untersuchungen in einem Bericht an die französische Regierung niedergelegt und darin den Umfang der Untersuchungen näher beschrieben. Ob Frankreich diese allein leisten wird oder ob sich noch andere Staaten daran beteiligen, ist zur Zeit nicht bekannt.

Blodade gegen Sowjet-Rußland im Schwarzen Meere.

Paris, 4. Nov. Wie die in Paris erscheinenden russischen Nachrichten mitteilen, soll die internationale Kommission in Konstantinopel beschließen haben, die Blockade gegen Sowjetrußland im Schwarzen Meer aufzurichten.

Paris, 4. Nov. (WB.)

Nach einer Havasmeldung aus Konstantinopel sind die Generals Wilner und Wilson endlich abgereist. Man erwartet im Laufe der nächsten Woche General Harrington, der das Kommando über die Schwarzen Meer-Flotte übernehmen soll.

Wegende Empörung unzufriedener Soldaten in Moskau.

Kopenhagen, 4. Nov. (WB.) Vorhinige Abende meldet man von den bolschewistischen Truppen allgemeine Erbitterung über das Vorgehen der Mitglieder der außerordentlichen Untersuchungskommission. Die Sowjetbehörde beabsichtigt infolgedessen eine Empörung der unzufriedenen Soldaten in Moskau.

Die Völkervereinigung in Genf.

Paris, 4. Nov. (WB.) Nach einer Havasmeldung aus Genf wurde heute eines Staatssekretärs im englischen Botschafteramt mitgeteilt, daß die Vertreter Großbritanniens bei den Verhandlungen des Völkervereinigung in Genf die Verhandlungen zur Aktion des Generals Wrangel, die der Politik des Völkervereinigung und der Wiederherstellung des Friedens im Osten im Widerspruch ständen, keine In-

struktionen erhalten werden. Lloyd George erklärte bei dieser Gelegenheit, daß er noch nicht sagen könne, ob er nach Genf gehe oder nicht, da deshalb noch keine Beschlüsse gefaßt worden seien.

Paris, 4. Nov. (WB.) Nach einer Meldung aus Brüssel wird Belgien auf der Vollversammlung des Völkervereinigung in Genf durch den ehemaligen Minister für auswärtige Angelegenheiten, dem jetzigen Eisenbahnminister Poullier sowie durch den sozialdemokratischen Senator Lafontaine vertreten sein.

Frankreich widersteht der Aufnahme Deutschlands in den Völkervereinigung.

Stockholm, 4. Nov. (WB.) Be Von Bourgeois dem Pariser Vertreter der Nordiska Reichzentrale erklärte, steht die Frage noch offen, ob die Generalversammlung des Völkervereinigung in Genf sich mit der Aufnahme Deutschlands in den Völkervereinigung beschäftigen wird. In französischen Völkervereinigungstreifen wünschte man, daß diese Frage jetzt nicht behandelt werde, da sie erhebliche Schwierigkeiten hervorrufen würde. Niemand denke daran, Deutschland endgültig außerhalb des Völkervereinigung zu halten. Jetzt aber, wo die Wiederherstellung der Ordnung nicht gelöst sei, würde die öffentliche Meinung in Frankreich und Belgien sich einstimmig weigern, Deutschland in den Völkervereinigung zuzulassen. Ein Antrag auf Aufnahme Deutschlands in den Völkervereinigung würde in Genf ernste Reibungen hervorrufen, wodurch die Existenz des Völkervereinigung auf das Spiel gesetzt werden könnte.

Nach England und Italien Amerika.

Berlin, 3. Nov. (Von unserem Berl. Büro.) Die „Central News“ erfahren aus Washington von höchster diplomatischer Stelle, daß die Vereinigten Staaten nicht nur alles deutsche Eigentum, welches während des Krieges beschlagnahmt worden war, zurückgeben würden, die Regierung der Vereinigten Staaten würde darauf bestehen, daß die Alliierten die von Frankreich geforderte Wiedergutmachung von Seiten Deutschlands auf das allergeringste Maß verringern.

Die Verstimmung gegen England.

Amsterdam, 4. Nov. (WB.) Die „Westminster Gazette“ bespricht in einem Leitartikel die in Frankreich herrschende Verstimmung gegen England. Das Blatt schreibt, die britische öffentliche Meinung billige den Beschluß der britischen Regierung, auf das England nach dem Friedensvertrag zustehende Liquidationsrecht zu verzichten und betrachte ihn lediglich als das logische Ergebnis der Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mit Deutschland. Derselben Grund, die England zu diesem Schritt gedrängt hätten, würden wahrscheinlich auch die Franzosen dazu treiben, dem englischen Beispiel zu folgen. Diese an sich geringfügige Angelegenheit sei jedoch symbolisch für das mit Bezug auf den Friedensvertrag herrschende allgemeine Unbehagen. Man könne nicht zur gleichen Zeit Deutschland wirtschaftlich vernichten und eine riesige Entschädigung aus ihm herausziehen. Man könne Deutschland nicht Elch-Bohringen, Oberfließen und, wenn es seinen Verpflichtungen nicht nachkomme, das Ruhrgebiet nehmen und dabei erwarten, daß Deutschland fortfährt, große Kohlenmengen abzuliefern oder sonst zu erzeugen, daß es damit der Wiedergutmachungsforderung gerecht wird. Man könne nicht über Deutschland eine große unbestimmte Forderung schweben lassen und zugleich erwarten, daß es dabei in geschäftsmäßiger Weise arbeite, um seine Schulden zu tilgen. Man könne nicht erwarten, daß Deutschland seine feindselige Stimmung und seinen Militarismus aufgeben und zur gleichen Zeit eine Politik verfolgen, die Deutschland mit Vernichtung zu bedrohen scheint. Das englische Volk sei der Ansicht, daß die Weigerung, eine Entschädigungssumme festzusetzen, von der man erwarten könne, daß Deutschland sie wirklich zu zahlen imstande ist, sowohl unpraktisch als auch ungerecht sei. Außerdem stehe der Gedanke an die Aufrechterhaltung unmöglicher Forderungen, deren Nichterfüllung neue Strafen und neue Befehlungen veranlassen könne, in vollkommenem Gegensatz zu der britischen Idee der europäischen Regelung. Es bestehe unzweifelhaft eine starke Strömung in der französischen öffentlichen Meinung, die der Ansicht sei, daß Deutschland nur dadurch unschädlich gemacht werden könne, daß es wirklich zurande gerichtet und womöglich zerstört werde, und daß Sicherheit nur erlangt werden könne durch Gewalt und nochmals Gewalt. Die Mehrzahl der Engländer sei nicht dieser Ansicht und glaube nicht, daß es möglich sei, eine Pakt von der Größe und Heftigkeit des deutschen Volkes für immer zu vernichten und in Stücke zu schneiden.

Die große Befähigungsliste.

Berlin, 4. Nov. (WB.) Der Hauptauschuß des Reichstages nahm bei der Weiterberatung des Etats für die besetzten Gebiete einen Antrag auf Herabsetzung der Befähigungsziffer und Begrenzung der Kosten zu drängen, einstimmig an. Ferner wurde ein Regierungsantrag die Kosten für die Befähigungsbehörden von 20 auf 40 Millionen zu erhöhen, ebenfalls angenommen. Desgleichen wurden einige weitere von der Regierung geforderte Erhöhungen bewilligt. Außerdem wurde ein Kontraktionsantrag angenommen, darauf hinzuwirken, daß die Zahl und die Tätigkeit der im Rheinland aufgestellten Desegierten sich im Rahmen des Rheinabkommens hält.

Zur Frage der Besetzung des Ruhrgebietes.

Paris, 5. Nov. (WB.) Poupain erklärte, die heute von einem französischen Blatte verbreitete Nachricht, der holländische Gewerkschaftler Timmer habe sich dahin geäußert, daß die gewerkschaftliche Internationale grundsätzlich der Besetzung des Ruhrgebietes zustimme, sei falsch. Timmer könne sich niemals in diesem Sinne geäußert haben. Im übrigen sei das Blatt berechtigt, schon heute zu erklären, daß die ge-

werkschaftliche Kommission jetzt eine Studienreise ins Ruhrgebiet unternahme, und von dem elenden Leben der Arbeiter im Ruhrgebiet überzeugt sei.

Berlin, 5. Nov. (Brio-Tel.) Wie die Blätter aus Essen melden, sagte Kauhau, das französische Mitglied der Internationalen Gewerkschaftskommission, die zum Studium der wirtschaftlichen Verhältnisse in das Ruhrgebiet entsandt wurde, in einer Rede, die Richtlinien des internationalen Gewerkschaftsbundes sprechen sich gegen jeden Militarismus und aus diesem Grunde gegen jede Besetzung eines Landes durch militärische Kräfte eines anderen Landes aus. Die Internationale Gewerkschaftskommission kennt aber keinerlei Umstände, die auf eine bevorstehende Besetzung des Ruhrgebietes hindeuten. Wenn Herr Kauhau nichts von diesen Dingen weiß, so ist damit noch nicht gesagt, daß die Gefahr nicht besteht.

Die Entente und die bayerische Einwohnerwehr.

München, 5. Nov. (Brio-Tel.) Entgegen der Berliner Meldung, wonach die Bayerische Regierung ihre Antwort auf die Ententenerklärung betreffs Auflösung der Einwohnerwehren hätte abgeben lassen, erklärt der „Bayerische Kurier“: Die Unrichtigkeit dieser Meldung ergibt sich schon daraus, daß an die Bayerische Regierung überhaupt keine Ententenerklärung gegangen ist, welche sie beantworten könnte. Die in Frage kommende Note des Generals Koller, welche der anderen Seite von der Reichsregierung amtlich noch nicht bekanntgegeben wurde, beschäftigt sich mit der Durchführung der Entmaffung in Deutschland. Die Antwort der Reichsregierung dürfte wohl durch eine Mitteilung über das bisherige Ergebnis der Waffeneinführung erfolgt sein. Wenn in dieser Ententenerklärung auch Bayern genannt ist und sich daraus späterhin Konsequenzen für die Bayerische Regierung ergeben könnten, so dürfte wohl im Augenblick für die Bayerische Staatsregierung keinerlei Anlaß bestehen, sich in einer Angelegenheit zu betätigen, welche Gegenstand der Verhandlungen des Reiches mit der Entente ist.

Weiter schreibt das Blatt: Von dem Schreiben der alliierten Kontrollkommission (dem keine politische Bedeutung zukommt) hat ein vor einiger Zeit in Berlin weilender Minister Kunde erhalten und die Nachricht als erster nach München gebracht, worauf der Ministerpräsident sofort die übrigen Minister davon verständigte. Da die Mitteilung nicht durch die amtlichen Stellen erfolgte, konnte selbstverständlich auch der Landtag nicht verständigt werden. Ueber die Veröffentlichung einer solchen an die Reichsregierung gerichteten Mitteilung und über den Zeitpunkt der Veröffentlichung entscheidet nicht die Bayerische, sondern die Reichsregierung.

Die kommunistische Aktion.

Berlin, 5. Nov. (Von unserm Berliner Büro.) In der „Deutschen Zeitung“ wird heute ein angeblich gemeinsamer Operationsplan Rostaus mit den deutschen Kommunisten veröffentlicht. Es wird zunächst ein Bericht des kommunistischen Zentraloberkommandos nach Rostau abgedruckt. In ihm wird unter anderem erzählt, daß binnen kurzem die Korps Berlin, Steint, Schienen, Sachsen, Halle, Braunschweig, Magdeburg, Thüringen, Hessen, Ruhrgebiet und Nordwest gebildet sein werden. Sämtliche acht Korps umfassen 42 große Kampftruppen. Die Abwehr- und Angriffsbasis in Süddeutschland läßt sich der Linie Gera-Gotha-Kassel-Fra.furt. Die Geiselliste würde fortlaufend ergänzt. Am besten ausgerüstet mit Waffen seien die Korps Berlin, Hessen, Ruhrgebiet und Thüringen. 200 schwere und leichte Artilleriegeschütze, 536 schwere und 1012 leichte Maschinengewehre, eine halbe Million Gewehre, dazu Minenwerfer, Flammenwerfer, Tanks und Panzerautos seien im Besitz der kommunistischen Organisation. In einem Schreiben von Riga, das von S. Nowjew unterzeichnet ist, werden die deutschen Kommunisten aufgefordert, die entscheidende Aktion sobald als möglich zu unternehmen, wenn auch die russischen Kommunisten zur Zeit ihnen nicht beistimmen könnten. Es wird schließlich der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die deutsche Revolution eine proletarische Kundgebung auch in Polen auslösen werde.

Berlin, 5. Nov. (Von unserm Berliner Büro.) In der „Neuen Post“ fordert S. Nowjew in einem neuerlichen Manifest die Proletarier aller Länder, auf den 7. November als den dritten Jahrestag der russischen Revolution feierlich zu begehen. Gleichzeitig fordert die U. S. R. und die Gewerkschaftskommission von Berlin die Angestellten auf, den 9. November als Gedächtnistag der deutschen Revolution zu feiern. Die „Proharnbeit“ mißt an diesem Tage verweigert werden. Von der sittlichen und wirtschaftlichen Bedeutung der Arbeit dämmert in diesen Köpfen anscheinend keine Ahnung. Aber die Hauptsache ist, die Zahl der Feiertage mehr sich ins schramme, ganz so wie im „finsternen“ Mittelalter.

München, 5. Nov. (Brio-Tel.) Im Verfassungsausschuß des bayerischen Landtags standen gestern die Anträge der Sozialdemokraten und Unabhängigen auf Aufhebung des Ausnahmezustandes zur Beratung. Dabei mochte der Vertreter der Regierung, Staatsrat Dr. Schwemer, interessante Mitteilungen von neuerdings geplanten kommunistischen Putsch und sagte u. a. folgendes: Die Voraussetzungen für eine Aufhebung der Verordnung sind noch nicht gegeben. Erst kürzlich ist wieder in Halle die Besetzung zum gewaltsamen Umsturz ausgegeben worden. Tatsächlich ist auch unter den Unzufriedenen entsprechend dem Beschluß von Halle schon alles auf den Beinen, um bis längstens Mitte November Schlagfertig zu sein. Das gilt auch für München, wo die kommunistische Sektion sämtliche Ämter für die rote Armee erbt und gegenwärtig ein Propagandablatt, worin zur Entmaffung in gleicher Weise nach Rechts und nach Links angemahnt wird, verleiht. Ich sage ganz offen, daß der Ernst und die Energie der Umstürzbewegung nicht von dem äußeren Phantasiebild beurteilt werden darf, es besteht vielmehr auf dem Boden zu sein, um über diejenigen Maßnahmen zu verfügen, die erforderlich sind, um gebede-

nenfalls mit Erfolg auftreten zu können. Die Regierung kann daher derzeit eine Aufhebung der Verordnung vom 4. November 1919 nicht verantworten und könnte widrigenfalls eine Garantie für die Sicherheit der Zustände im Lande nicht übernehmen. Selbstverständlich wird die Verordnung in gleicher Weise nach Recht und nach Links angewendet. Was das Verbot des Umzuges der Gewerkschaften zur Revolutionsfeier betrifft, so möchte ich darauf verweisen, daß nach uns zugegangenen Berichten auch im November d. J. mit Massenkundgebungen zugunsten Sowjetrußlands und der Weltrevolution gerechnet werden muß. Däumig hat in Halle die Hofung ausgesprochen, sofort die Vorbereitungen für die kommende Aktion, die in einer energischen Anwendung des Terrors bestehen müsse, in Angriff zu nehmen. Es gilt daher für die Regierung auf der Hut zu sein.

Der unabhängige Abg. Garais bejährt das Verbot der Revolutionsfeier in München als unehrliche Provokation der Arbeiterschaft und der Redner der U.S.P. verneint die Notwendigkeit der Beibehaltung des Ausnahmezustandes. Schließlich wurden die Anträge gegen die sozialdemokratischen Stimmen abgelehnt. Der Ausnahmezustand bleibt in Bayern also weiter bestehen.

Der Aufbau der Arbeiter- und Wirtschaftsräte.

Die Stellungnahme des Deutschen Industrie- und Handelstages zur Hauptversammlung des Deutschen Industrie- und Handelskongresses hat sich in seiner letzten Sitzung mit dem Aufbau der Arbeiter- und Wirtschaftsräte gemäß Artikel 163 der Reichsverfassung beschäftigt und für die Unternehmerseite folgende Pläne, die ebenso wie die der Regierung von einer Dreiteilung in eine Unterstufe, eine Mittelstufe und eine Oberstufe ausgehen, entwickelt:

In der Unterstufe behalten die Unternehmer ihre Vertretungen in den Landwirtschaftskammern, (Industrie- und) Handelskammern und Handwerkskammern, wobei die Handelskammervertretung auf alle Teile des Reiches ausgedehnt wird, zu keine Handelskammern mit anderen verschmolzen werden und die Wahl der Handelskammermitglieder nach Fachgruppen (Industrie, Großhandel, Kleinhandel) vorgeschrieben ist. In geeigneten Fällen kann eine gemeinsame Beratung der Unternehmervertreter mit Arbeitervertretern stattfinden.

In der Mittelstufe werden für natürliche Wirtschaftskreise, die im allgemeinen etwa die Größe der preussischen Provinzen oder der größeren nicht preussischen Länder haben, Bezirkswirtschaftsräte gebildet. Ihre Unternehmermitglieder werden von den Unternehmerkammern gewählt. Zu diesem Zwecke treten aus den zum Bezirkswirtschaftsrat gehörenden Handelskammern die Angehörigen der einzelnen Fachgruppen zu je einem Wahlkörper zusammen. Wählbar sind auch Personen, die nicht Mitglieder der Kammer sind. Die Bezirkswirtschaftsräte sollen für solche Angelegenheiten zuständig sein, die den gesamten Bezirk, die vertretenen Gewerbezweige sowie Unternehmer, Arbeiter und Angestellte gleichmäßig angehen. Ihre Kosten sollen vom Reich, oder, falls dies abgelehnt wird, von allen, die Vertreter in sie entsenden, getragen werden.

In der Oberstufe wird für das Deutsche Reich ein Reichswirtschaftsrat in der Weise gebildet, daß seine Unternehmermitglieder zur Hälfte von den gesetzlich anzuerkennenden Verbänden der Unternehmerkammern auf Grund der Vorschläge der Unternehmergruppen der Bezirkswirtschaftsräte, zur anderen Hälfte von den sonstigen Spitzenverbänden der Unternehmer gewählt werden. Sämtlich in den Reichswirtschaftsrat wie in die Bezirkswirtschaftsräte sind andere Volkstufen als Unternehmer und Arbeitnehmer nur in geringer Zahl zu berufen; Verbandsleiter als solche sind überhaupt nicht zu berufen, da sie keinen besonderen Volksteil oder keine besondere Berufsgruppe bilden.

Gegen den vom Reichswirtschaftsministerium aufgestellten Plan hat der Deutsche Industrie- und Handelskongress insbesondere geltend zu machen, daß er den lebhaftesten aus Unternehmern bestehenden gesetzlichen Körperschaften die Anerkennung, daß sie amtliche Berufsvertretungen seien, verweigert, während in dem gleichen Augenblick gesetzliche Vertretungskörperschaften für die Arbeiter geschaffen werden. Auch die Unterordnung der amtlichen Unternehmervertretungen unter Körperschaften, die sich aus Unternehmern und Arbeitern zusammensetzen, kann nicht in Betracht kommen, ebenso wie es als eine Ungerechtfertigkeit empfunden werden muß, daß in der Mittelstufe und in der Oberstufe den Arbeitnehmern, aber nicht den Unternehmern, eine gesetzliche Sondervertretung mit wählbaren Beisitzern gegeben wird.

Auch der vom Reichsarbeitsministerium aufgestellte Plan fand nicht die Billigung des Deutschen Industrie- und Handelskongresses und zwar in erster Linie deswegen, weil in der Unterstufe hängige Ausschüsse zur Verbindung der Unternehmer- und Arbeitnehmervertretungen errichtet und die Bezirkswirtschaftsräte nicht an der Zusammenfassung des Reichswirtschaftsrates beteiligt werden. Ferner spricht der Deutsche Industrie- und Handelskongress den Besonderen der freien Vereine neben den Verbänden der gesetzlichen Vertretungskörperschaften ein Wahlrecht zum Reichswirtschaftsrat zu.

Wer sich über die Ansichten und Wünsche der Unternehmer hinsichtlich der geplanten Organisationen hängenlassen glaubt, übersehe, so folgert schließlich der Deutsche Industrie- und Handelskongress, daß die Wirklichkeit der Organisation aus dem Willen der Unternehmer abhängt und insbesondere die Weiten unter ihnen nicht für eine Tätigkeit zu gewinnen sind, die ihnen keine Befriedigung gewähren kann.

Deutscher Reichstag.

Fortsetzung der ersten Beratung des Reichshaushalts.

Reichstag, Berlin, 4. November.

Abg. Dr. Helfferich (Deutschl.)

weist jede Zensur seiner Partei sowohl von Seiten des Abg. Schiffer wie auch von Seiten des Außenministers zurück. Der Redner warnt vor der oberflächlichen Autonomie, nicht in sehr vom preussischen Standpunkte aus, als im Hinblick auf die Wirkung, die der bloße Gedanke schon auf einen großen Teil der oberständlichen Bevölkerung ausüben habe. Der hamburger Zwischenfall, den der Außenminister auf das Konto seiner Partei geschoben habe, sei ein augenblicklicher Wirtschaftskrisenfall. Wir hätten so schon genügend Zwischenfälle gehabt, als daß der Minister noch solche Fälle künstlich konstruieren sollte. Der Minister solle sich lieber um die Liebergriffe der Polen kümmern, da schon wieder in Bromberg ein Deutsche verhaftet wurden. Die Zustellungen des Abg. Müller-Franke, daß Deutschland gegen die Hebergänge der Entente machlos sei, würden wie eine Einladung an das Ausland, neue Hebergänge zu begehen. Der Redner polemisierte sodann gegen die Neuberater Scheidemanns über die Entbindung der Beamten und Soldaten vom Treueid gegen den Kaiser und über die Offiziere. Diese hätten die Treue halten wollen und sich zu Tausenden am 8. November zur Verfügung gestellt, seien aber nachhause geschickt worden. Dann kam der Erlaß über das Schicksalverbot. Kurz, es ist klar, daß in der Regierung selbst die heimliche Förderung der Revolution lag. Der Kaiser ist, um den Bürgerkrieg zu vermeiden, nach Holland gegangen. Abg. Müller-Franke hätte es freilich lieber gesehen, ihn an der Spitze seiner Garde den Tod suchen lassen. Abg. Müller gabriele dank auch zu den Persönlichkeiten, die am Tage des Kapp-Putsch nach Dresden geschickt seien. Er sei also am wenigsten geeignet, über den Kaiser den Stab zu brechen.

Redner polemisierte dagegen, daß man seiner Partei nämlich die Absicht einer Gewalttat unterstelle und greift die äußerste Linke an, weil sie offen die Gewalt predige. Er tritt für die Organisations-Organisationen ein, bespricht die Stellungnahme des preussischen Justizministers und fordert die Reichsregierung auf, dem Reich gegenüber den Bewusstseins des preussischen Innenministers Stellung zu verschaffen und das Material über die Organe der Allgemeinheit zugänglich zu machen. Er warnt vor der demagogischen

roten Armee und vor der Knüpfung von Handelsbeziehungen mit Rußland, die nur ein Vorwand dafür seien, dem Bolschewismus Tür und Tor zu öffnen. Das einzige Handelsobjekt, das Rußland besitze, sei die Revolution.

Nachdem er noch die gerechliche Ablehnung der Dieselmotorenwünsche der Entente gefordert hatte, geht der Redner zur Besprechung des Etats über. Er bezweifelt, daß sich das Gleichgewicht wieder herstellen lasse. Den Ausgaben von 100 Milliarden ständen an sicheren Einnahmen nur 30 Milliarden gegenüber, jedoch 70 Milliarden ungedeckt seien. Bei seinem Ausscheiden aus dem Reichshaus hat er betrug des Staatsschuld 40 Milliarden, heute 210 Milliarden und am Ende des Rechnungsjahres wird sie auf 335 Milliarden gestiegen sein. Eine Bankrottverkürzung würde das Reich nicht von seinen Verpflichtungen gegen seine Beamten, gegen die Versäumelten und gegen die Entente. Sobald befristet der Redner die Budgetfrage, schließlich das Bestimmen von Löhnen und Preisen und damit die Forderung der freien Redner und Pensionäre. Die Steuererhebung veränderte deren Lage noch. Hier könne wenigstens eine Milderung einsehen. Das Stöcken der Salina führe zum Export. Uns habe man Nationalismus vorgeworfen. Der Nationalismus sei noch schlimmer, das beweise der Friedensrat, dessen Forderungen der Redner einzeln durchgeht. Das deutsche Volk könne schon keine eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen, geschweize denn die ungeheuerlichen Forderungen der Entente erfüllen. Nun würde mit dem Reichsanwalt erst gemacht. Das ganze Opfer bringe, wenn es richtig eingeht, ganz 55 Milliarden Mark, bede also noch nicht einmal die Bedürfnisse eines Jahres. Dazu komme die Erbschaftsteuer mit ihrer 35-Prozentigen Abgabe. Alles das führe zu einer Zermalmung des Bürgertums, wie sie schließlich auch der radikale Sozialismus sich nicht besser wünschen könne. Unsere Wirtschaftstrotz sei somit am Ende. Da sage keine Schönfärberei. Die Entente müsse die Dinge lehren, wie sie sind. Daher müsse eine feste Zahlungs Grenze unserer Verpflichtungen festgelegt werden. Die Wiederverträge bei der Eisenbahn und Post müßten genau unterlegt werden. Tarifherabsetzungen dürfen nur erfolgen, wenn es gar nicht mehr anders geht. Eine wesentliche Vereinfachung der Steuererhebung müsse erfolgen.

Der Redner fordert eine Rektion der Reichsbefehlsordnung in dem Sinne, daß die Befestigung von Landesbeamten gegenüber den Reichsbeamten vermeiden werde. Es passe auch nicht zur Sparmaßnahme, daß 25 000 Beamtenstellen neu geschaffen und durch Kostrogatet vom 6. August dieses Jahres in aller Eile neu eingerichtet werden, den das Haus en bloc angenommen habe. Hierher gehöre auch die Sozialisierung. Seine Partei lehne jede Sozialisierung ab. Sie proklamieren nicht den Klassenkampf, sondern die Klassenveröhnung (Widerpruch). Die Sozialpolitik habe den heutigen Arbeiter besser gestellt, als irgend einen anderen auf der Welt. Nur durch Veröhnung könne ein Ausgleich zwischen Kapital und Arbeit gefunden werden. In England sei das ja auch der Fall gewesen. Die Sozialisierung der Getreidung werde auf beiden Seiten dazu helfen. Die soziale Verbesserung ist die Grundbedingung für die Wiederaufrichtung unseres Vaterlandes.

Reichsfinanzminister Dr. Wirth

bedauert, daß der Vordränger vielfach die Grenze des Erlaubten überschritten habe, habe er doch selbst während seiner Tätigkeit als Finanzminister keine Gehiltsfähige besonderer Leistungsfähigkeit zurückgelassen. Das Meißtindes des deutschen Volkes habe schon während des Krieges begonnen. Das die Autonomie einzelner Länder den Stand des Reiches nicht gefährdet, steht fest, da die Reichssteuer, die Reichspost und die Reichsbahnen eine starke gemeinsame Kammern seien. Das die Durchführung des Reichsanwalts zu Härten führen kann, besonders für die Landwirtschaft, ist möglich. Aber in Weimar ist ausdrücklich bestimmt worden, daß auch der Reichsanwalt herangezogen werden soll. Angesichts der Entwertung des Geldes ist die Einziehung auf der Grundlage des Reichswehrbeitrages unmöglich. Derselben ist der Vorwurf wegen den 25 000 neu angeforderten Beamten ungerichtet, da es sich um die durch die Steuerübergehänge bedingten Stellen handelt. Das die Hunderttausende von Menschen, die nicht in der Produktion stehen, sich in schwerer Lage befinden, wissen wir. Um auch ihnen zu helfen, wird ihnen in den nächsten Tagen eine Milliardenverpflichtung gegeben, um ihnen das nötige Brot zu liefern. Das ganze Problem beruht in der Stabilisierung unserer Salina. Das Problem ist die Hauptaufgabe des Kabinetts. Eine Lösung ist sicher zu finden und muß gefunden werden. Gerade hier sollte Herr Dr. Helfferich mitarbeiten. Zu einer Einigung mit der Entente hinsichtlich der Festlegung der Entschädigung werden wir nicht gelangen, solange in Frankreich der Gedanke lebt: „Der Rache zählt alles“. Jedenfalls sei Dr. Helfferich nach seiner ganzen früheren Tätigkeit nicht der geeignete Mann, hier Vorschläge zu erheben. (Beifall.)

Abg. Dr. Quast (D. V. P.)

betont, daß die Kohlen- und Eisenindustrie allein die Einfluß von Lebensmitteln ermöglichen können. Daher müsse diese Produktion gefördert werden. Der Redner warnt den Reichsfinanzminister vor einer neuen Belastung der Kohlenindustrie. Er findet es sehr sonderbar, daß der Minister erst diese mangelhafte Gesetzgebung in der Praxis erproben will, statt gleich an die Revision der Steuererhebung heranzugehen und nicht ihm schließlich die Wiederkunft seines Eins vor. Eine Reform des Etats an Haupt und Gliedern sei erforderlich. Der Weg, neue Einnahmen durch Tarifherabsetzungen zu erzielen, scheint dem Redner ganz ungangbar. Für ein aktives Politik Deutschlands brauche man ein Heer, und nicht bloß 100 000 Mann, die selbst jetzt nach Frankreich zu hoch erschienen. Um aus unserer Lage herauszukommen, müssen wir uns in wirtschaftlicher und politischer Beziehung als ein Ganzes fähig fühlen.

Nach persönlichen Bemerkungen des Abg. Dr. Helfferich, der entgegen den Behauptungen des Finanzministers eine ganze Reihe von Verbesserungsansichten gemacht habe, verlas er das Haus die Weiterberatung auf Freitag 11 Uhr, bannenden Anträgen, Interpellationen und kleinere Vorlagen. Schluß nach 7 Uhr nachm.

Internationale Durchgangsstrecken.

Der Südwestdeutsche Kanalverein schreibt uns: Die in Karlsruhe tagenden Beratungen haben gezeigt, daß der Redar-Donaus-Kanal in Verbindung mit der Schiffahrtsverbindung des Rheins von Straßburg-Wasel und Köln-Oberrhein und mit dem Kanal von Oberrhein ein den Interessen Südwestdeutschlands (Pfalz, Baden, Hessen, Württemberg) der Schweiz und Frankreichs dienendes Unternehmen ist, was bei dem Rhein-Kanal nicht zutrifft. Finanzmäßig ist die Redar-Donaus-Verbindung ebenfalls der Rhein-Verbindung überlegen, außerdem noch dadurch, daß sie ein fast durchwegs stark industriell besiedeltes Gebiet an den Wasserweg anschließt.

Die neuesten technischen Projekte einer süddeutschen Wasserstraßen auf dem Gebiet des Rheindelta, die auch internationalen Ruf besitzt, lassen darüber hinaus keinen Zweifel mehr, daß die Ab der Redar-Donaus-Verbindung nicht mehr im Wege liegt. Man wird sagen können, daß sowohl der Rhein als der Redar-Donaus-Kanal hier ihre Bewirtlichung finden, denn beide sind nicht Konkurrenz sondern Ergänzung. Die internationale Rhein-Schiffahrt wird sich nicht mit einem Weg zur internationalen Donau begnügen können. Schon die Wirtschaftszentren Frankreichs und der Schweiz, aber auch Belgiens und Hollands und schließlich Englands weisen auf eine lebhafteste künftige Verkehrsbeziehung zum europäischen Osten hin. Eigentlich müßte zunächst der zum Schottlandgericht Frankreichs und der Schweiz einerseits und der großen Interessen Belgiens, Hollands und Englands andererseits gemeinsame und auf der mittleren Linie gelegene Weg Rhein-Redar-Donaus gebaut werden. Anschließend wären die beiden festlichen Wege über den Oberrhein zur Donau im Süden und über den Rhein zur Donau im Norden in Angriff zu nehmen. Damit wäre das schiffahrtswirtschaftliche Verkehrsprogramm des deutschen Südens gelöst.

Deutsches Reich.

Die neuen Lohnherabsetzungen der Buchdrucker.

Der Tarifauschuss für das Buchdruckergerwerbe hat folgende Beschlüsse gefaßt:

An neuer wöchentlich Lohnherabsetzung sind den Beschäftigten zu zahlen an allen Orten: in Lohnklasse A (im Alter bis zu 21 Jahren) 10 Mark, in Lohnklasse B (im Alter von 21 bis 24 Jahren) 16 Mark, in Lohnklasse C (im Alter über 24 Jahre) 20 Mark. Diese Beträge sind auf die heutigen Löhne zu zahlen, und zwar mit Wirkung ab 1. November.

Entsprechend der Staffelung der Lohnherabsetzung für Beschäftigte nach Altersklassen ist die Lohnherabsetzung für Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiter, wie folgt beschlossen worden: in Lohnklasse A (im Alter bis zu 21 Jahren) 10 Mark, in Lohnklasse B (im Alter von 21 bis 24 Jahren) 16 Mark, über 24 Jahre 19 Mark. Für in Lohnklasse C (im Alter über 24 Jahre) 20 Mark. Für in Lohnklasse D (im Alter über 24 Jahre) 20 Mark. 13 Mark, 17 Mark.

Zum Ausgleich für die erhöhte Lohnherabsetzung werden die derzeitigen Preise für Herstellung von Drucksachen um 5% erhöht.

Der heutige Stand der Umwidmung.

Berlin, 5. Nov. (Von unv. Berl. Büro.) Dem Reichstag ist eine Denkschrift eingegangen, welche über die Umwidmung der seit dem 1. Oktober 1920 entfallenden Steuern und Zölle den Stand der Umwidmung darlegt. Im Haushalt für 1920 wurden 4 Milliarden dafür aufgeworfen, das ist ein Mehr von 140 Millionen gegen 1919. Immerhin steht man doch einer Fortschritt in der Umwidmung. Als die Reichsfinanzkommission im vorigen Jahr geschaffen wurde, betrug die Zahl der Umwidmungsbefragten 12 Millionen Mann. Die Organisation ist dann noch verbessert worden und seit dem 9. April 1920 sind keine Militärpersonen mehr in der Umwidmung des alten Jahres vorhanden. Auch die Personalveränderung wurde möglich. Von ursprünglich 11 000 auf 1100 Leute am 1. Oktober 1920. Neben der Personalabnahme nehmen Abklärung der Kriegsverträge und die Erziehung der Beamten von der Heeresverwaltung eingegangenen Verpflichtungen einen breiten Raum ein. Diese Arbeiten werden bis zum 1. März 1921 beendet sein. Gegenüber den Personalanmeldungen im Jahre 1920 sind 1 Milliarde dem Staat von den verschiedenen Umwidmungsbefragten und Abgabensstellen erfordern. Die Marine ist von ursprünglich 2000 Dienststellen abgebaut auf 15 Hauptstellen und 10 Nebenstellen mit einem Personal von rund 3500 Köpfen. Auch die Umwidmungsbefragten für die Durchführung der besetzten Kriegesgefangenen sind zum größten Teil abgebaut. Am Schluß erwähnt die Denkschrift, daß die internationalen Kontrollkommissionen am 1. September 1920 die sofortige Räumung der neutralen Zone von den in Frankreich und Karlsruhe tätigen Umwidmungsbefragten und die Räumung aller Umwidmungsbefragten zum 1. Januar 1921 fordert. Das Verlangen ist nach dem Berliner Vertrag rechtlich unbegründet. Sollte trotz der Gegenverstellungen die Räumung der Umwidmungsbefragten bis zum 1. Januar durchgesetzt werden müssen, so würde ein beträchtlicher Schaden eintreten. Für diesen Schaden würden weitere erhebliche Mittel in einem Nachtragsetat erforderlich.

Die Angelegenheit Dobner.

München, 4. Nov. (WB.) Mit der Angelegenheit Dobner befaßte sich der parlamentarische Untersuchungsausschuss und erhob nach kurzer Aussprache über das Ergebnis der Jahresausgaben mit 13 gegen 2 Stimmen folgenden Antrag zum Beschluß: Die Frage, ob Organe der Münchner Volkshilfe eine Organisation bildeten, die es sich zur Aufgabe stellte, Menschen gewalttätig zu beseitigen, ist nach dem Ergebnis der Untersuchungen mit nein zu beantworten. Der Vorsitzende des Ausschusses, Abg. Heib, wurde beauftragt, über dieses Ergebnis der Volkserammlung des Landtags Bericht zu erstatten.

Letzte Meldungen.

Der Volksentscheid über den Anschluß. — Der österreichische Bundeskanzler.

Berlin, 5. Nov. (Von unserem Berliner Büro.) Am heutigen Freitag beginnt in Wien der sozialdemokratische Parteitag. Um wird ein Antrag des bisherigen Bundesvorsitzenden in Berlin Dr. Rudo Hartmann vorliegen, den Volksentscheid für den Anschluß Deutschlands zu verlängern. Für den Parteientcheid ist in der Verfassung bestimmt, daß er von 200 000 Stimmberechtigten gefordert werden müsse. Diese Stimmberechtigten kann natürlich allein von den Sozialdemokraten (später) aufgebracht werden. Bekanntlich hat die Nationalversammlung beschlossen, daß drei Monate nach den Wahlen das Volk über die Anschlußfrage abstimmen soll. Die Bildung des neuen Wiener Kabinetts dürfte im Laufe dieser Woche beendet sein.

Allgemein herrscht jetzt die Anschauung vor, daß an der Spitze des Kabinetts der sehr tüchtige, derzeitige Volkspräsident von Wien, Johann Schöberl als Bundeskanzler auftreten soll. Schöberl, der etwa 45 Jahre alt ist, entstammt einer oberösterreichischen Beamtenfamilie. Wenn Wien in den beiden letzten Jahren trotz dem fürchterlichen Elend von Unruhen nach Art der Berliner bewahrt blieb, so ist das nicht zum Geringsten das Verdienst Schöbers.

Der Frieden mit Rumänien.

Berlin, 4. Nov. Die deutsche Regierung hat nunmehr die amtliche Mitteilung von der französischen Regierung erhalten über die in Paris erfolgte Niederlegung der Ratifikationsurkunde zum Versailler Friedensvertrag durch Rumänien. Die Niederlegung dieser Ratifikationsurkunde erfolgte am 14. September ds. Js., wie bereits f. H. bemerkt worden ist. Der Friedensvertrag ist nunmehr gemäß seinen Schutzbestimmungen zwischen Deutschland und Rumänien in Kraft getreten. Abgegeben von Rumänien ist der Friedensvertrag bekanntlich zwischen Deutschland einerseits und Großbritannien, Frankreich, Italien, Japan, Belgien, Brasilien, Brasilien, Guatemala, Peru, Polen, Siam, der Tschechoslowakei, Uruguay, Cuba, dem serbischen kroatischen slowenischen Staaten, Griechenland, Portugal, Haiti und Liberia andererseits in Kraft getreten.

Zurückhaltung deutscher Flugschiffe in Polen.

Berlin, 4. Nov. (WB.) Ueber die Zurückhaltung deutscher Flugschiffe in Polen fand am 30. Oktober bis 2. November zwischen Vertretern der deutschen und polnischen Regierung eine Verhandlung statt. Diese hat zu dem Abschluß eines Übereinkommens geführt, in dem sich die polnische Regierung verpflichtet, sofort alle von ihr requirierten deutschen Schiffe und Schiffe und Dampfer in Bromberg oder Danzig den Eigentümern zurückzugeben, und neben der Rückgabe dieser Schiffe und der sonst zurückgehaltenen deutschen Flugschiffe für die Benutzung des requirierten Schiffsverkehrs Verhandlungen nach den auf den östlichen Wasserstraßen abzuwickeln. Es wird ferner den Eigentümern der requirierten Schiffe diesen die Infolge der Verbringung von ihren Schiffen, der Ueberlieferung nach Deutschland und dem Rückkehr nach dem Ueberabtritt der Schiffe entgegen zu kommen, entfallenden Kosten ersetzen. Die Regelung der Rückgabe und der Entlastungsmaßnahmen werden im nächsten Monat besondere Kommissionen beider Regierungen durchzuführen. Sobald die Rückkehr der deutschen Schiffe nach Deutschland erfolgt ist, wird die deutsche Regierung die bisher verweigerte Erlaubnis für die Durchführung von Superposten auf dem Schiffsverkehr nach Hamburg nach Polen erteilen.

Sitzung des Bürgerausschusses

am Donnerstag, den 4. November.

Oberbürgermeister Dr. Ruyter eröffnet die Sitzung um 4.20 Uhr in Anwesenheit von 89 Mitgliedern. Auf der Galerie haben sich nur wenig Zuhörer eingefunden. Es erfolgte zunächst die Beantwortung nachfolgender

„Kurze Anfragen“

Die sozialdemokratische Rathausstrasse an den Stadtrat gerichtet hat.

Die Theaterangehörigen befinden sich durch ihr geringes Einkommen in einer Notlage und wünschen einen größeren Zuschuss, um für sich und ihre Familien den dringlichsten Winterbedarf einzukaufen zu können. Ist der Stadtrat bereit, diesem Wunsch zu entsprechen?

Auf diese „kurze Anfrage“ wird folgende Antwort erteilt:

Die Vorlage wegen der Neuordnung der Bezüge der Theaterangehörigen ist, nachdem die zentralen Vorarbeiten und Verhandlungen mit den Vertretungen der einzelnen Angestelltenkategorien zum vorläufigen Abschluss gekommen sind, fertiggestellt; sie wird dem Bürgerausschuss zur nächsten Sitzung vom 30. November zugestellt werden.

Auf die ihnen nach dieser Neuordnung zu gewährenden Mehrbezüge erhalten die Theaterangehörigen seit 1. April 1920 laufende Zuschüsse von monatlich 300 Mark. Außerdem konnten Zuschüsse zur Beschaffung von Wintervorräten bis zur Höhe eines Monatsbezuges erhoben werden; von dieser Möglichkeit ist von diesen Mitgliedern des Nationaltheaters Gebrauch gemacht worden. Weitergehenden Anträgen, bis zum Betrage der voraussichtlichen Nachzahlung zu entsprechen, ist die Intendanz ermächtigt worden.

Es wird alsdann in die Tagesordnung eingetreten.

Eigentumsverwertungen im Sperrgeschäftsbereich und Grundstücksverpachtung.

Der Stadtrat hat beschlossen, in Ausübung des gesetzlichen Vorkaufsrechts ein 297 qm großes Ackergrundstück auf Gemarkung Röhrlal zum Preise von 7400 Mk. (qm etwa 255 Mk.) und das Haus B 2, 11 zum Preise von 80 000 Mk. zu erwerben. Zur Beilegung der Kaufverträge und der Kosten werden aus Grundstücken 22 500 Mark angesetzt. Das Ackergrundstück wird auf 9 Jahre für jährlich 87 Mark an die bisherige Eigentümerin verpachtet. Das Haus B 2, 11 ist für die Stadt von besonderem Interesse, weil es sich gegenüber dem Theater befindet und damit die Möglichkeit gebietet wird, Bedürfnisse des Theaters nach Gewinnung weiterer Räume zu erfüllen, wenn auch vorerst bei der heutigen Wohnungsnot wohl kaum mit einer solchen Nutzung vorhandener Wohnungen zu rechnen ist. Stv. A. Pfeiffle (Soz.) empfiehlt die Vorlage zur Annahme.

Stv. B. Keller (Soz.) wünscht Weiterführung der Verhandlungen mittels Erzielung einer besseren Veranlagung.

Stadtrat Dr. Ruyter vertritt sich über die rechtliche Seite des Betrages.

Die Vorlage wird einstimmig angenommen.

Erwerbung des Hauses 3 A, 19.

Nach dem Beschluss des Stadtrats soll das Haus 3 A, 19, Eigentum der Frau Kaufmann Ehefrau Erben, zum Preise von 12 000 Mark erworben und mit einem Aufwande von 21 000 Mk. in Instand gesetzt werden, das darin eine Wohnung von 3 Zimmern und Küche und eine solche von 1 Zimmer und Küche entsteht. Das schon einige Zeit leerstehende Haus ist dermaßen vermauert, dass es erst nach gründlicher Instandsetzung wieder zu Wohnzwecken verwendet werden kann. Nach vollogenen Umbau wird das nur 36 qm große Grundstück auf rund 3500 Mk. zu stehen kommen. Davon sind nur 10 000 Mk. rentabel. Der übrige Teil stellt den verlorenen Bauaufwand dar.

Stv. A. Koll (Soz.) hält es für angedacht, dass die Stadt derartige Fälle aufgreift und empfiehlt die Vorlage zur Annahme, was auch einstimmig erfolgt.

Erwerbung des Neubaus Brahmstraße 5.

Der Stadtrat hat beschlossen, bei dem im Jahre 1914 an Verwalter Johann Joseph Thomas veräußerten Bauplatz Brahmstraße 5 von dem der Stadtgemeinde zustehenden Rücktrittsrecht Gebrauch zu machen. Der Neubau soll nach dem vom Hochbauamt abgeänderten Plan mit einem Aufwande von 1 270 000 Mk. fertiggestellt und die ausgeführten Bauarbeiten aus bereits beschafften Baumaterialien zum Preise von 18 400 Mk. von der Stadtgemeinde erworben werden. Zur Beilegung des Erwerbspreises, der Bau- und Kaufkosten sind 1 280 000 Mk. aus Anleihen zu bewilligen.

An der stadtrechtlichen Begründung der Vorlage wird u. a. ausgeführt:

Am 25. Mai 1914 hat Verwalter Joh. Jos. Thomas den 439 qm großen Bauplatz Brahmstraße 5 zum Preise von 21 950 Mk. (50 Mk. für den qm) von der Stadtgemeinde erworben. Der Eigentümer beschloss, auf dem Bauplatz ein 4stöckiges Wohnhaus mit 5 Dreil- und 3 Zweizimmerwohnungen zu erstellen. Der Bau wurde auch in Angriff genommen, musste aber infolge des Krieges bald wieder eingestellt werden. Bis jetzt sind nur das Kellermauerwerk bis Unterkante, Kellerabteil des tieferliegenden hinteren Hofes und die Umfassungsmauer an der Straße bis 10 cm unter Gehrandhöhe ausgeführt. Nach den Baubestimmungen ist Thomas verpflichtet, den Neubau innerhalb 2 Jahren nach der Auftragserteilung zu vollenden. Da Thomas bei den im Anwesenheit gelegenen Baukosten nicht in der Lage ist, den Neubau zu vollenden, andererseits bei dem großen Wohnungsmangel die günstige Gelegenheit, zu niedrigen Preisen erbaute bzw. beschaffte Bauteile zu verwenden, nicht ungenutzt bleiben sollte, wurde beschlossen, den Neubau durch die Stadtgemeinde fertigzustellen. Er soll nunmehr unter Ausnutzung des Baugrundstückes 5 Dreizimmerwohnungen, 3 Zweizimmerwohnungen, 1 Ein- und 1 Zweizimmerwohnung enthalten. Die Kosten der Bauausführung sind zwar hoch, 1 270 000 Mark, sie sind aber immerhin geringer als die, welche die Stadtgemeinde bei der Siedelung an der Grundstücke anfallen würde, wenn anderwärts noch aufwenden muß. Der Einheitspreis für den vom unbauten Raum zu stellen sich auf 200 Mk. bei dem Neubau Brahmstraße 5 gegenüber 300 Mk. bei der Siedelung an der Grundstücke und 270 Mk. bei den weiter geplanten Neubauten. Wie sich zeigt, darauf, daß den Bauherren an der Einleitung der Bauarbeiten kein Verstand trifft und im Hinblick auf sein Entgegenkommen bei der Ueberlassung der Baumaterialien sollen ihm die bezahlten Kaufpreisen mit 8780 Mk. zurückstatuiert werden. Er hat sich bereit erklärt, die der Stadtgemeinde zum Preise von 18 400 Mark, eine Summe, die nur seine Selbstkosten deckt, zu überlassen. Die reinen Bauaufwendungen werden sich somit auf 1 280 000 Mk. belaufen. Dazu kommt noch der Bauplatz im Werte von 21 950 Mk., wobei der vollendete Neubau auf 1 310 950 Mk. zu stehen kommen wird. Der Mietertrag des Hauses ist zu jährlich 9023 Mk. angesetzt, was bei Zugrundelegung einer Bruttoernte von 8 Prozent einem Kapitalwert von 112 790 Mk. entspricht. Die verlorenen Bauteile betragen somit 1 198 160 Mk.

Stv. A. Koll (Soz.) empfiehlt die Vorlage zur Annahme.

Stv. Sp. Sp. (Dem.) hält den Preis für viel zu hoch und vertritt den Standpunkt, daß zu allererst die in der Stadt gelegenen Bauplätze verbaut werden sollen. Er für seine Person kann es nicht verstehen, daß man über 1 Million für dieses Haus ausgibt. Ein Baugrundstück wäre entschieden billiger als die Stadt.

Stv. Seibold hält den Preis für nicht zu hoch, auch liege der Bauplatz an einem favorablen Gelände.

Weiter sprechen noch Stv. Krenold (Soz.), Stv. Schiller (Soz.), Stv. A. Koll (Soz.), Stv. Sp. Sp. (Dem.) u. Stv. Mundhaas (Soz.). Es handelt sich um den Preis der Grundstücke, die zu den städtischen Bauten, die verfallenen Häuser die Verstaatlichung, daß die städtischen Bauten dadurch billiger zu stehen kommen.

Die Vorlage wurde hierauf einstimmig angenommen.

Änderung des Statuts für das Kaufmannsgericht in Mannheim.

Stv. A. Pfeiffle (Soz.) ist für Annahme der Vorlage.

Stv. Brüggemann (Soz.) spricht über die Erhöhung der Gebühren, die er beurteilt, sowie über die Entschädigung der Gehilfenvertreter.

Stadtrat Dr. Ruyter, die Vorlage unverändert anzunehmen.

Stv. Schramm (Soz.) wünscht, daß für Streitfälle bis zu 100 Mark keine Gebühren erhoben werden.

Oberbürgermeister Dr. Ruyter richtet sich gegen den Vorschlag des Redneren aus, da hierdurch ein Anreiz geschaffen werde, sich mit allzuviel Bagatelldingen ans Kaufmannsgericht zu wenden. Die Vorlage wurde hierauf einstimmig angenommen.

Änderung des Statuts für das Gewerbegericht in Mannheim.

Stv. A. Pfeiffle bemängelt bei der Empfehlung der Annahme der Vorlage die Höhe der Entschädigung für die Gewerbegerichtsbeisitzer. 25 Mk. für die Sitzung seien nicht sehr hoch, wenn man bedenkt, daß die Sitzungen mindestens bis um 12 Uhr mittags dauern.

Stv. K. K. (Soz.) tritt für völlige Gebührenfreiheit ein, da die Einnahmen gleich Null seien. Redner beantragt getrennte Abstimmung, da seine Fraktion die Gebühren ablehne. Auch die Entschädigung der Beisitzer sei zu gering. Bei langen Sitzungen erleide der Qualitätsarbeiter einen Ausfall von 43 Mk. Es sei zu befürchten, daß man unter solchen Umständen nur noch schwer Befiszer bekomme.

Stv. G. G. (Soz.) tritt gleichfalls für eine größere Entschädigung der Arbeitnehmervertreter ein.

Stadtrat Dr. Ruyter betont, daß die Einnahmen der Stadt gegenüber den Ausgaben recht minimale sind und stellt fest, daß nur praktische Erwägungen zur Festsetzung eines bestimmten Satzes geführt haben.

Stv. Dr. H. H. (Soz.) wünscht Zurückziehung der Vorlage. Den vor Jahren errungenen Fortschritt wolle man nicht fahren lassen.

Stv. Brüggemann (Soz.) verweist auf den Widerspruch, der darin seinen Ausdruck finde, daß man die Gebühren für das Kaufmannsgericht genehmigt, die Gebühren für das Gewerbegericht dagegen ablehnt.

In der hierauf vorgenommenen Abstimmung wurde die Vorlage bis auf § 27, der in der alten Fassung bestehen bleiben solle, angenommen.

Siedelung bei der Grenadierverserie.

Der Stadtrat hat beschlossen, am Eingang der Siedelung bei der Grenadierverserie nach den Plänen des Hochbauamts 2 Kleinbauten mit Verkaufs- und Wohnräumen zu errichten und die durch Erstellung dieser Bauten entstehenden Kosten von zusammen 227 500 Mk. aus Anlehensmitteln zu entnehmen.

Die Vorlage wurde nach kurzer Begründung durch Stv. A. Koll (Soz.) einstimmig angenommen.

Änderung des Statuts für das Kaufmannsgericht.

Oberbürgermeister Dr. Ruyter machte infolge eines gefassten Beschlusses des Stadtrates den Vorschlag, das vorhin beschlossene Statut für das Kaufmannsgericht dahin zu ändern, daß die alten Gebühren belassen und keine Erhöhung eintreten soll.

Dazu sprechen die Stv. Dr. Wolfhard (Dem.), Dr. Roedel (Soz.), Schramm (Soz.), Dresch (Soz.) und Stadtrat Dr. Ruyter. Die neue Sachlage rechtfertigt, daß man die ganze Gebührenfrage nochmals prüft. Namens des Stadtrats wird der letzte Satz des Hochgerichtlichen Antrages zurückgezogen und eine weitere Vorlage in Aussicht gestellt.

Gewährung von Beihilfen zu Umzugskosten.

Für Gewährung von Beihilfen zu den Umzugskosten bei Freimachung einer Wohnung sind aus Anlehensmitteln 500 000 Mk. bereitzustellen.

Stv. A. Pfeiffle (Soz.) tritt für Annahme der Vorlage ein.

Stv. G. G. (Soz.) erklärt namens seiner Fraktion sein Einverständnis mit der Vorlage, verlangt aber, daß die Beihilfen in erster Linie den Ortsangehörigen zuteil wird. Mehrer bringt sodann einige Fälle betreffs Vergebung der Wohnungen in Reden zur Sprache.

Oberbürgermeister Dr. Ruyter unterbricht den Redner und ersucht ihn zur Sache zu sprechen.

Auf eine weitere Bemerkung des Stv. G. G. entgegnet der Oberbürgermeister, daß die vorgebrachten Fälle protokolliert seien und untersucht werden, da man keine Äußerungen darüber habe. Stv. G. G. (Soz.): Aber ich habe die Akten (Heiterkeit).

Die Vorlage wird hierauf mit großer Mehrheit angenommen.

Verarbeiten zu bewilligen Anleihen.

Der Stadtrat hat beschlossen, den vom Bürgerausschuss vom 27. März 1906 bewilligten allgemeinen Anlehensfonds von 50 000 Mk. für Verarbeiten zu baulichen Unternehmungen auf 250 000 Mk. zu erhöhen.

Die Vorlage wird nach kurzer Begründung durch Stv. A. Selzinger (U.S.P.) ohne Debatte angenommen.

Erstellung von Wohngebäuden beim Gaswerk Lützenberg.

Angesprochen werden 66 000 Mk. Baukosten.

Stv. A. Pfeiffle (Soz.) begründet die Vorlage und empfiehlt sie zur Annahme.

Stv. Sp. Sp. (Dem.) wendet sich gegen die Vorlage und hält die Erstellung der Wohngebäude für viel zu teuer. Derartige Bauten könne man sich gegenwärtig nicht leisten.

Stv. Tr. Tr. (Soz.) stimmt für die Vorlage, stellt aber die Bedingung, daß arbeitslos gewordenen Arbeitern die Wohnung nicht gestündigt wird.

Stv. Schramm (Soz.) hätte es lieber gesehen, wenn die Gebäude auf einem andern und besseren Gelände erstellt würden.

Stv. Mundhaas (Soz.) muß sich wundern, daß überhaupt dieses Gelände bebaut wird.

Stv. Appel (U.S.P.) (mit allgemeiner Heiterkeit begrüßt): Es wäre interessant, wenn der Betriebsrat des Gaswerks vor der endgültigen Planfestlegung beigezogen wird, um sich darüber zu äußern.

Oberbürgermeister Dr. Ruyter hat nichts dagegen einzuwenden, daß die Arbeiterkassen beigezogen wird und ihre Meinung äußert. Bezüglich der von einem Städtischen Komitee gestellten Anfrage wegen der Begegnung mit der Oberbürgermeister den Vorschlag, innerhalb des geschlossenen Komplexes ein Badehaus zu erstellen.

Die Vorlage wird hierauf einstimmig angenommen. Die Tagesordnung ist damit erschöpft. Schluß der Sitzung 5 Uhr 50 Min.

Betrachtungen über die geistige Bürgerausschussführung.

Neun Vorlagen erledigte gestern das Kollegium in anderthalb Stunden. Wer will jetzt noch behaupten, daß sich die Mannheimer Stadtköster in endlosen Debatten erschöpfen? Hoffentlich hält diese lobenswerte Beschränkung in der Reduktion an. Mit einer völligen Abkehr von der üblichen Gepflogenheit, sich über eine einzige Vorlage Stundenlang zu unterhalten, wird wohl nicht gerechnet werden können. Es muß zudem in Betracht gezogen werden, daß gestern sämtliche Punkte der Tagesordnung nicht dazu angetan waren, eingehende und temperamentsvolle Debatten zu entfesseln, aber warum hätte man sich z. B. bei der Vorlage über die Gewährung von Beihilfen zu Umzugskosten nicht über die Mannheimer Wohnungsnot im allgemeinen unterhalten sollen? Man hat dies nicht getan, sich vielmehr streng geschäftsordnungsmäßig an den Gegenstand der Tagesordnung gehalten. Vielmehr hat die Vorstandsvorbereitung bereits ihre Schotten vorausgeworfen. Es wird ja gelegentlich dieser mehrzügigen Tagung Zeit und Gelegenheit sein zu allen großen und kleinen kommunalen Fragen Stellung zu nehmen, ohne den Einwand des Oberbürgermeisters befürchten zu müssen, daß das Borgefragene zu der Vorlage in gar keinem oder nur ganz losem Zusammenhang stehe.

Ein Gradmesser für die Bewertung der Tagesordnung durch das Publikum war der Besuch der Galerie. Als der Oberbürger-

Moderne Damen- und Kinder-Kleidung
FISCHER-RIEGEL
 E 1.1-4 • Fernspr. 7631 u. 6525

Elegante Pezzmäntel Pelzhaus Kunze R. 5. 6. • Tel. 6534-35	Elegante Damenhüte Hugo Zimmern Kunststraße - N 2 9
---	--

Spezialhaus für Herren- und Knabenbekleidung
ENGELHORN & STURM
 Feine Maßschneiderei für Herren und Damen

Denken Sie an Stoffe, so denken Sie an
KRAMP
 D 3, 7, 1. und II. Stock • Planken
 Vorteilhaft Kaufgelegenheiten!

Aparte Damen- und Kinder-Konfektion
B. KAUFMANN & CO
 Paradeplatz • P 1.1

Wohnungs-Ausstattungen
CIOLINA & HAHN • N 2.12
 Innendekorationen

Warenhaus
HERM. SCHMOLLER & CO
 Planken • P 1.8-12

Blusen • Strickjacken • Modewaren
A. Würzweiler Nachf.
 D 15-6 Paradeplatz D 15-6

Die Etage für Stoffe
SAMSON & CO
 D 1.1 am Paradeplatz (Abgang durch den Heustur) D 1.1

Spezial-Konfektions-Haus
SOPHIE LINK
 Begründet 1881
 Bedeutend vergrößerte Abteilung für
 elegante Damen- und Kinder-Moden
 zu besonders vorteilhaften Preisen

Elegante Damen-Moden
GESCHW. SCHANZE
 Heidelbergerstraße • 07.11 • Fernsprecher 6865

Manufakturwaren
LOUIS LANDAUER • Q 1.1
 Damen- und Kinder-Konfektion

Spezial-Haus in Tuchen und Futterstoffen
TUCHHAUS GRÜNE
 05.14 u. P. W. Schulze Nacht. Herm. Gröne 05.14

meist die verhältnismäßig gut beschulte Sitzung eröffnet, war die Zahl der Zuhörer ausfallend gering. Handlung während der Verhandlungen im demokratheoretischen Gegensatz zu der Überfülle, die während der Sitzung herrschte, in der die Neuregelung der Bezüge der städtischen Beamten und Arbeiter zur Besprechung gelangte. Raheja sämtliche Vorlagen wurden einstimmig genehmigt; sie riefen entweder gar keine oder nur kurze unwesentliche Debatten hervor. Verhältnismäßig am längsten hielt man sich bei der Forderung der Statuten für das Kaufmanns- und Gewerbegericht auf. Während die Erhöhung der Anschuldigung der Richter und der Gebühren des Kaufmannsgerichts einstimmig gutgehört wurde, machten sich bezüglich des Gewerbegerichts von Seiten der Rechtssozialisten Bedenken prinzipieller Natur geltend, die in dem Antrag der städtischen Gebührenfreiheit der vor dem Gewerbegericht anhängig gemachten Straffälle gipfelten. Ferner wurde die Anschuldigung von 35. A für die Gewerbegerichtsbeihilfe als zu niedrig erachtet und der Befürchtung Ausdruck gegeben, daß es schwer halten werde, aus Nebenerlösen die geeigneten Besoldungen für dieses Organ zu erhalten, wenn der Richter nicht den durch die Teilnahme an den Sitzungen entstehenden Lohnausfall als Entschädigung erhalte. Ein dementsprechender Antrag wurde von der Versammlung zurückgezogen, dafür aber derjenige auf völlige Gebührenfreiheit aufrecht erhalten, obwohl aus den eigenen Reihen auf die Inkonsequenz hingewiesen wurde, die darin lag, daß man unmittelbar vorher die Erhöhung der Gebühren für das Kaufmannsgericht gutgehört hätte. Es fand sich trotzdem eine Mehrheit für den sozialdemokratischen Antrag, für den außer der USP auch mehrere Demokraten und Zentrumsmitglieder stimmten. Der nächste Punkt der Tagesordnung, der für die Steigerung der Grenztarifzone weitere 27.000 A zur Errichtung von 2 Kleinbauten mit Verkaufs- und Wohnräumen ohne Debatte bewilligt, war bereits erledigt, als der Oberbürgermeister bekannt gab, daß der Stadtrat beantrage, beim Kaufmannsgericht die bisherigen Gebührensätze zu belassen. In der von neuem eröffneten Debatte zeigte sich, daß keine Beherrensflimmung in dieser Frage zu erzielen war, sogar nicht in den einzelnen Fraktionen, denn der Stv. Dr. Maackel meinte, er könne nicht einsehen, warum man keine angemessenen Gebühren erheben solle, die doch lediglich zur Deckung der Kosten der Rechtspflege zu dienen hätten, während der Fraktionskollege Schramm den Standpunkt vertrat, man solle die Gelegenheit, die Gebühren herabzusetzen zu können, beim Schöpfe fassen. Und so war es das Beste, daß sich der Oberbürgermeister mit der Zurückverweisung der Gebührenfrage an den Stadtrat einverstanden erklärte, der eine neue Vorlage ausarbeiten lassen wird.

Der Bereitstellung von 300.000 A zur Gewährung von Beihilfen zu den Umzugskosten bei Freimachung einer Wohnung wurde ebenfalls ohne weiteres zugestimmt. Nur der zentralistische Stv. Schramm konnte es sich nicht verneinen, zur Abklärung seiner Meinung, daß die Wohnungsprezessionen nicht immer streng paritätisch behandelt werden, mehrere Fälle anzuführen. Die von der Oberbürgermeister ins Auge gefaßt und bemerkte, man verfolge auf weiteres Erhebungen. Er lehnte es auch ab, auf einen der Fälle einzugehen, weil die Listen nicht zur Hand seien. Worauf Herr Schramm unter allgemeiner Heiterkeit erwiderte, aber er habe die Listen. Und dann wurde die Vorlage gegen die Stimmen der Unabhängigen angenommen. Während die Vorlage über die Erhöhung des 1908 demulgenten allgemeinen Anlehenskredits von 30.000 A für Vorarbeiten zu baulichen Unternehmen auf 350.000 A ohne Erörterung einstimmig gutgeheißen wurde, vertat der Stv. Spedel bei der Vorlage über die Erstellung von Arbeiter- und Beamtenwohngebäuden beim Gaswerk Lobzberg die Ansicht, daß das Projekt unbedingt zu teuer sei. Eine Million sollte mindestens erspart werden können. Der Stv. Appel, der zum allgemeinen Ersparnis nach langer Abwesenheit wieder in den Reihen der Unabhängigen Platz genommen hatte, wurde, als er sich zum Reden erhob, mit einem recht impudischen Witz, dem schallende Beifall folgte, begrüßt. Aber Herr Appel, der dafür bekannt ist, daß er recht sarkastisch und spitz werden kann, sprang diesmal nicht aus der Reihe. Er sprach lediglich den Wunsch aus, daß der Betriebsrat vor der endgültigen Festlegung des Planes für die Wohnhäuser noch gehört wird, und legte gleichzeitig Herrn Direktor Vögler ans Herz, dafür Sorge zu tragen, daß man den Wohnungen nicht gar zu sehr anliehe, daß in der einen der Arbeiter und in der anderen der Betriebsleiter wohnt. Der Oberbürgermeister versprach, der Anregung nachzugehen, ob es nicht zweckmäßiger ist, statt der Einzelhäuser, die in 21 Wohnungen vorgezogen sind, ein Badehaus für die ganze Kolonie zu stellen.

Bei der Vorlage über die Erwerbung und Fertigstellung des Neubaus Brahmstraße 3, der die für dreierlei Zwecke ungeheure Summe von 1.289.000 A erfordert, rief der Stv. Spedel dadurch eine kurze Diskussion hervor, daß er sich gegen die Höhe der Bausumme wandte. Er bemerkte, die Stadtverwaltung könne sich herabzulassen nicht

kräften, sollte vielmehr einmal der Frage näher treten, ob es nicht zweckmäßiger wäre, die Kosten der an fertigestellten Straßen liegenden Grundstücke zum Bau anzufragen. Hr. Spedel stellte fest, daß der zur Beratung stehende Bau billiger zu stehen komme, als ein völliger Neubau. Die einsparen würde man wohl nicht können, weil der Grundriß feststeht. Als der sozialdemokratische Stv. Arnold Herr Spedel, der darauf bestand, daß der Privatunternehmer billiger bauen würde, erwiderte, er sehe nicht, daß sich der Privatunternehmer zum Bau anfühle, wurde ihm zugeworfen: Weil er keine Zukäufe bekomme. Stv. A. Rott griff diesen Einwurf auf und bemerkte, man solle die Bauartigkeit dadurch belassen, daß man das Privatbaunternehmertum durch Zukäufe unterläßt, die ein billigeres Bauen gewährleisten. Man darf sich nur vergegenwärtigen, daß bei dem Neubau Brahmstr. 3 die verordneten Baukosten 1.156.150 A betragen, um der Meinung beizupflichten, daß die private Bauartigkeit bei einer derartigen Unterfertigung sofort zu neuem Leben erweckt wird. Sch.

Wirtschaftliche Fragen.

Werden deutsche Kartoffeln ins Ausland verschoben?

Berlin, 4. Nov. (W. B.) Umlich. Nachdem bereits mehrfach in der Presse darauf hingewiesen wurde, daß grundsätzlich eine Ausfuhr deutscher Kartoffeln nach dem Ausland nicht stattfindet, wird die Bevölkerung nach wie vor durch Gerüchte beunruhigt, wonach angeblich große Kartoffelmengen in Deutschland zu Hohenpreisen aufkauf und ins Ausland verschoben werden. Diese Gerüchte entstehen jeder Grundlage. Ausführberegungen für größere Kartoffelmengen wurden bisher nur für die deutsche Bevölkerung im Saargebiet und im beschrankten Umfang für Deutschland erteilt. Außerdem war Deutschland durch einen Staatsvertrag der Abschließung gegenüber verpflichtet, eine gewisse Menge Kartoffeln an sie zu liefern. Eine ähnliche Verpflichtung besteht Deutschland zu Gunsten Frankreichs auf Grund des Versailles-Vertrages. Es ist möglich, daß gerade die letztere Verpflichtung zu den beunruhigenden Gerüchten Anlaß gegeben hat. Es sei aber erneut festgestellt, daß die Überwachungs der Grenzen gerade im Hinblick auf unerlaubte Kartoffeltransporte wesentlich verschärft worden ist, so daß die Beförderung Deutschlands gefährdende Ausfuhr von Kartoffeln als unmöglich gelten kann.

Mangelhafte Kartoffelablieferung im Industriegebiet.

in. Dörmann, 5. Nov. (W. B. Tel.) Aus den verschiedensten Teilen des Industriegebietes wird über eine steigende Erzeugung unter den Bergleuten wegen der mangelhaften Kartoffelablieferung berichtet. Schuld an dem Ausbleiben der Kartoffelablieferung scheint der Wagenmangel zu sein, der sich jetzt wieder bemerkbar macht. In den Versammlungen des alten Bergarbeiterverbandes wurde gleichfalls Anspruch gegen die ungenügende Kartoffelablieferung erhoben und gleichzeitig gefordert, daß die Beförderung von Kartoffeln zur Spiritusbereitung verboten und jeder Kartoffelmahler bestraft wird.

Neue Heberweilungshefte im Postfachverkehr.

Durch Verfügung des Reichspostministeriums vom 19. August 1920 Nr. 559 sind neue Vorbeude an Poststellen, Zahlungsanweisungen und Heberweilungen angeordnet worden. Der bisher an den alten Heberweilungsheften befindliche Stammeil, der bei den ausfallenden Poststellen unzulässig ist, ist an den neuen Heberweilungsheften weggelassen. Dafür befindet sich hinter Blatt 50 ein Nachweis über die einzelnen Blätter des Sach- und Heberweilungsheftes.

Es gibt sich lediglich Heberweilungshefte dieser neuen Art an die Sachstellen ausgegeben worden und die Sachhefte gelangen erst nach Verbrauch der älteren Auflage zur Ausgabe. Die von einzelnen Poststellen bisher erhobenen Vorbeuden über den Wegfall des Stammeils sind gütlich dadurch hervorgerufen, daß der Hinweis auf der Vorderseite des Umhanges „Ein Nachweis über die einzelnen Blätter der Heberweilungshefte befindet sich hinter Blatt 50“ übersehen wurde. Die Erneuerung muß für die Sachstellen als ein Fortschritt bezeichnet werden, weil jetzt im Nachweis der einzelnen Blätter die Zahlungen in übersichtlicher Weise, als es früher der Fall war, angezeichnet werden können.

Städtische Nachrichten.

Beamten-Sektion des Deutschen Eisenbahner-Verbandes.

Am 31. Oktober fand, so wie wir vergrüßerten, eine gut besuchte Mitglieder-Versammlung statt, in der zur Einsetzung in die Reichsbefehlshaberstellung Stellung angenommen wurde. Allgemein kam zum Ausdruck, daß die Mitglieder für die Gruppen I-V ungenügend sind und Herten aufweisen, die man für den einen Staatsbetrieb nicht für möglich halten sollte. Gewiß ist durch die neue Befehlshaberstellung eine Besserung für manche Beamtenkategorie eingetreten, doch es aber auch noch Beamtengruppen gibt — Befehlshabergruppe I-V — die durch die Neuordnung in eine besondere trostlose Lage kommen, dürfte der deutschen Offent-

National-Theater Mannheim.

Iphigenie.
Gottes „Iphigenie“, unter Wilhelm Keimars Leitung neuinszeniert, hinterließ keinen besonders tiefen Eindruck. Die Regie hatte seinen neuen Weg eingeschlagen, höchstens der unüblichen u. ungewöhnlichen Färbigkeit des Bühnenbildes zugestimmt, dessen Pläne, für mein Gefühl, der klassischen Schönheit entbehren. Unter den darstellerischen Leistungen war nur Hans Godeko Thoms amnestisch. Wenzel Hollmann war als Orpheus gut; nichts, was am aufsteigenden mährte, da er ein Künstler von strenger Auffassung ist, bezieht jedoch kein Anfänger. Paul Rott's Phokos war hingegen in jeder Beziehung unzulänglich. Maria Jaki, die zum erstenmale die Iphigenie spielte, hatte es an gewissenhaftem Studium u. ihrem Bemühen um den seitlichen Ausdruck nicht fehlen lassen; dennoch gelang es ihr nicht, ihre Stellung über das Maß einer guten Deklamation zu erheben. A. M.

Kunst und Wissen.

Abendabend Herr Gmig unter gell. Mitwirkung von Genu Gmig-Schlesinger. Hat die Kl. wie der Sönger Schubert singt, kann man ziemlich sicher Schiffe auf Stimme, Stimmbildung und Vortragstaktik geben. Nur ist das Vortragstalent des Herrn Gmig unsere Anerkennung wert, über Stimme und Stimmbildung möchte ich in einer Rodigertung ausführlicheres Urteil abgeben. Die Frage ist nämlich: Harmonik oder Tonart? Herr Gmig sang alles Wesentliche in der tiefen Tonlage, die Schubert liebt, machte aber in der Frühlingstunacht — die man selten hört, die Herr G. Gmig er probierte vorstelt — seinen klingenden, glänzenden hohen Ton. Wärsicht war der Sönger nicht recht bei Stimme, wärsicht ist in diesen diese Indisposition eine Folgeerscheinung, den solchen Anlaß der „Stände“ entstammend. Ueberaus schön sang Frau Genu Gmig-Schlesinger die Klänge vom Jovenn, ebenfalls eine Solistenpartie, die man selten so musikalisch-begeistert hören wird wie gestern, dann Nacht und Träume, endlich Wannenn. Die beiden ersten Stücke sang Frau Gmig-Schlesinger in der Regoproduktion, Gewöhnlich in A-Dur. Die traumhafte Stimmung des Hummels an die Nacht verlangt allerdings D-Dur (Vorspiel der Romanze), aber die Sängerin gewann durch die Transposition das sogenannte „Gmige“-Stück. Sie war vorzüglich bei Stimme und bei Temperament; Klängeführung als Grundlage der Färbung und warme Darbietung von Gmigs-Schuberts Wannenn waren nicht minder bemerkenswert. Und so gab es und diese Schubert vier wollen kann. Als Rechthaus für Mannheim sang Herr Gmig sehr viel von Max Stadler, m. E. der Empfindungstiefe Gmigs-Schuberts entsprechend, ganz recht; Wärsicht man einmal ganz gern hört. A. Bl. (In Weiter.)

licht nicht bekannt sein. Obwohl die Befehlshaberreform einen Ausgleich der bisher besprochenen Befehlshaber mit der gegenwärtigen Lebenshaltung bringen sollte, sind es vor allem die oben angeführten Beamten, die, soweit sie keine Dienstalterszulagen beziehen, einen Monatsgehalt von 700-900 Mark erhalten, wovon noch die Steuer- und sonstigen Abzüge gemacht werden. Hat ein Beamter Kinder, so erhöht sich dieser Betrag um monatlich 40, 50 oder 60 Mark, je nach dem Alter des Kindes. In diesen Zahlen sind alle bisher gewährten Zuschüsse miteinbezogen! Es ist notwendig, das der Offenbarkeit miteinbeziehen, um der allgemein gewordenen Meinung über die unheimlich hohen Bezüge der Befehlshaberbeamten entgegenzutreten. Die Stimmung der Versammlung fand ihren Niederschlag in nachstehender Entschließung, die einstimmig angenommen und an die Bezirksleitung zur Veranlassung des Beschlusses abgesandt wurde:

Die am 31. Oktober 1920 im Lokal „zur Bahnhof“ zahlreich versammelten Mitglieder der Beamtensektion Mannheim des Deutschen Eisenbahner-Verbandes erwarten von der Bezirksleitung, daß sie mit allen Mitteln dahin wirkt, daß jedem Beamten ein Existenzminimum gewährleistet wird, sei es durch Einstufung in eine höhere Beamtengruppe, sei es durch Erhöhung der Lohnzulage. Gehälter von 700-800 A monatlich müssen unerschütterlich verbleiben, wenn nicht ganz unhaltbare Zustände bei den Eisenbahnen eintreten sollen. Die Postlage ist außerordentlich gestiegen und duldet deren Befestigung keinen Anstoß mehr, ganz besonders bei den Beamten, die lediglich ihr nacktes Gehalt ohne Alterszulage beziehen. Sollten unsere berechtigten Forderungen keine Gewährung finden, so wird jede Verantwortung aus den sich ergebenden Konsequenzen abgelehnt.

Die Kundgebung gegen die farbige Befehlshaber.

Heute abend 7.30 Uhr findet im Rufsaal auf Veranlassung der Mannheimer Frauen eine große Kundgebung gegen die farbige Befehlshaber am linken Rheinufer statt. Die Deutsche Volkspartei richtet an ihre Mitglieder die Bitte, sich zu dieser Kundgebung möglichst zahlreich einzufinden. Es handelt sich ja um eine Frage, die jeden Deutschen, ohne Unterschied der Partei, angeht, nämlich: um eine Frage, in der Deutschlands Ehre und Würde gebieterisch fordert, daß wir nicht müde werden, unsere Stimme zu erheben, bis das Ziel erreicht ist. Die Mitglieder der Deutschen Volkspartei dürfen und sollen da nicht fehlen, um ihre Stimme mit der des ganzen deutschen Volkes zum Protest zu vereinigen.

3. Reichstagswahl. Am nächsten Sonntag wird die Wahl zur vormaligen Reichstagswahl vorgenommen. Die Stimmberechtigten und Wahlberechtigten sind aus der Bekanntmachung im Anzeigenblatt dieser Nummer ersichtlich. Stimmberechtig sind die mindestens 25 Jahre alten Staatsbürger ohne Unterchied des Geschlechts. Die in der Wählerliste eingetragenen Personen sind durch Wahlkarten benachrichtigt worden. Nachträgliche Entzogenen können nur noch bis Freitag abends 6 Uhr beim Wahlamt, Gemeindeamt, R. 1, beantragt werden. Die Wahl erfolgt im Verhältniswahlverfahren. Der Wähler hat das Recht, bis zu 3 Bewerbern durch Bezeichnen der Ziffer 2 eine weitere Stimme zuzufügen, oder auch Namen und Vornamen auszusprechen. Andere Veränderungen und Zusätze machen den Stimmzettel ungültig.

Das goldene Arbeitsjahrbuch bezieht am morgigen Samstag Herr Albert Reil, Meister und Profurist bei der Firma H. A. Bender & Sohn G. m. b. H., Fortlöffelfabrik in Mannheim. Dem Goldarbeiter wird von seinen Chefs und seinen Kollegen und Untergebenen beglückwünscht, daß während der langen Jahre stets ein harmonisches Verhältnis bestanden und daß er keine ganze Kraft, kein ganzes Interesse mit einer feineren Pflichten der Wärsicht der Firma gewidmet hat. Als er als junger Mann von 21 Jahren in die Firma eintrat, zeichnete er sich durch Fleiß und Gewissenhaftigkeit aus, was, da er bald die Stelle eines Meisters einnehmen konnte. Möge es diesem treuen Beamten vergönnt sein, noch viele Jahre der rühmlichen Tätigkeit seiner Obliegenheiten zu versehen. Im Jahre 1904 erhielt er vom Großherzog von Baden die Verdienstmedaille „für treue Arbeit“. Von der jetzigen Regierung, sowie von der städtischen Behörde wurde ihm anlässlich seines morgigen Arbeitstages eine offizielle Anerkennung zu Teil.

Veranstaltungen.

Theaterabschied. Die morgige Aufführung von Verdis „Iphigenie“ (Hörsaal) durch die Nationaltheater Mannheim wird die Aufführung der Tragödie „Der Scherz der Maria“ von Hans J. Hoffmann vorbereiten. Als erste Nachmittagsvorstellung im Nationaltheater in dieser Spielzeit geht am Sonntag das Einzelstück „Das Dreifährchen“ in Szene.

Bandleistungspreis. Die am Sonntag, den 7. November, im Musiksaal stattfindende Konzert des Gesangvereins „Vogelzug“, zu welchem Frau Gmig, Gmigs, dem Nationaltheater Mannheim, Kammerchorleiter Paul Rott, sowie Herr Rott, als Preisrichter fungieren, beginnt pünktlich 7 1/2 Uhr nachmittags. Es wird bittlich gebeten, der Menge der Besuche die entsprechenden Karten zu verfahren. Am Sonntag findet eine Besprechung im Rufsaal statt.

Jubiläumskonzert der „Vogelzug“. Das am Sonntag, den 7. November, im Musiksaal stattfindende Konzert des Gesangvereins „Vogelzug“, zu welchem Frau Gmig, Gmigs, dem Nationaltheater Mannheim, Kammerchorleiter Paul Rott, sowie Herr Rott, als Preisrichter fungieren, beginnt pünktlich 7 1/2 Uhr nachmittags. Es wird bittlich gebeten, der Menge der Besuche die entsprechenden Karten zu verfahren. Am Sonntag findet eine Besprechung im Rufsaal statt.

Die Besuche Modernes Liederspiel. Wie machen darauf aufmerksam, daß der Abendabend von Frau Gmig, Gmigs, dem Nationaltheater Mannheim, Kammerchorleiter Paul Rott, sowie Herr Rott, als Preisrichter fungieren, beginnt pünktlich 7 1/2 Uhr nachmittags. Es wird bittlich gebeten, der Menge der Besuche die entsprechenden Karten zu verfahren. Am Sonntag findet eine Besprechung im Rufsaal statt.

Frau Gmig's Rückkehr nach Mannheim. Die Frau Gmig, Gmigs, dem Nationaltheater Mannheim, Kammerchorleiter Paul Rott, sowie Herr Rott, als Preisrichter fungieren, beginnt pünktlich 7 1/2 Uhr nachmittags. Es wird bittlich gebeten, der Menge der Besuche die entsprechenden Karten zu verfahren. Am Sonntag findet eine Besprechung im Rufsaal statt.

Wärsicht Vögel, Alex. Tod und Begräbnis mit Rücksicht auf die Deutsche Literatur. Wärsicht Vögel, Alex. Tod und Begräbnis mit Rücksicht auf die Deutsche Literatur. Wärsicht Vögel, Alex. Tod und Begräbnis mit Rücksicht auf die Deutsche Literatur. Wärsicht Vögel, Alex. Tod und Begräbnis mit Rücksicht auf die Deutsche Literatur.

Städtische Konzerte im Musiksaal. Wärsicht Vögel, Alex. Tod und Begräbnis mit Rücksicht auf die Deutsche Literatur. Wärsicht Vögel, Alex. Tod und Begräbnis mit Rücksicht auf die Deutsche Literatur.

Städtische Konzerte im Musiksaal. Wärsicht Vögel, Alex. Tod und Begräbnis mit Rücksicht auf die Deutsche Literatur. Wärsicht Vögel, Alex. Tod und Begräbnis mit Rücksicht auf die Deutsche Literatur.

Städtische Konzerte im Musiksaal. Wärsicht Vögel, Alex. Tod und Begräbnis mit Rücksicht auf die Deutsche Literatur. Wärsicht Vögel, Alex. Tod und Begräbnis mit Rücksicht auf die Deutsche Literatur.

Städtische Konzerte im Musiksaal. Wärsicht Vögel, Alex. Tod und Begräbnis mit Rücksicht auf die Deutsche Literatur. Wärsicht Vögel, Alex. Tod und Begräbnis mit Rücksicht auf die Deutsche Literatur.

Städtische Konzerte im Musiksaal. Wärsicht Vögel, Alex. Tod und Begräbnis mit Rücksicht auf die Deutsche Literatur. Wärsicht Vögel, Alex. Tod und Begräbnis mit Rücksicht auf die Deutsche Literatur.

Unser neuer Roman,

mit dessen Abdruck wir in der heutigen Abendausgabe beginnen, erweckt schon durch seinen urwüchsigen Titel freudige Erwartung.

Nani Eschastlhuber.

Ein Wiener Bürgerroman aus der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts.

Von Anna Hilmaria von Gschel

Es dankt der glücklichen Mischung von Komik und Nebenkomik, echter Volkstümlichkeit in Erzählung und Trakt und dankt der unübertriebenen Schilderung der Umwelt oder auch ein Werk, dem eines seiner Art nicht sobald an die Seite gestellt werden kann.

heilige Stunden.

Gedankt sollen unsere Träume nach dem Jugendtanz zurück. Durch verklärte Lebenseräume durch ein verschwindendes Bild.

Und es liegt aus Seelenräumen ein begrabener Chor. Bewandeln schmeilt er zu den Sternen — alle Mär: Es war einmal...

Heilige Stunden aller Stunden! Wer in Herzensräumen beinheim feiert die empfinden, wahr ihm sich im Seltsamen!

Mag die Brandung heißer Tage dich umfassen noch so müßig, tief im Herzensraum treue deiner Trübsal strahlend Bild!

Als des Abends trauriger Hüter hält es deine Seele jung und betruet die höchsten Güter: Segensnacht und Erinnerung.

K. Genschel.

Todes-Anzeige.

In tiefem Schmerz geben wir Freunden und Bekannten, die traurige Nachricht, daß meine gute Gattin, unsere heißgeliebte Mutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Frau Karoline Schertel geb. Lause

im Alter von 51 Jahren gestern morgen nach kurzem Leiden sanft und still entschlafen ist.

Seckenheim (am Staatsbahnhof), den 5. November 1920.

In tiefer Trauer:

Karl Schertel nebst Töchter Lisa u. Frieda u. allen andern Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Samstag, den 6. November 1920, nachm. 1 1/2 Uhr in Mannheim von der Friedhofkapelle aus statt.

LEBENSMITTEL

Delikatess- Wurst- u. Fleischwaren

Leberwurst	1/4 Pfund 3.75
Geräucherter Speck	1/4 Pfund 5.95
Würstchen	2 Stück 3.50
Landjäger	2 Stück 5.40
Cornd Beef, Schinkenwurst	1/4 Pfund 5.50
Ger. pom. Ölweibrost	1/4 Pfd. 5.75
Thür. Rotwurst und Leberwurst	1/4 Pfund 6.75
Geräucherter Kasseler Rippensteiner, Thürfleisch	1/4 Pfund 5.11
Ger. pom. Ölweibrost	1 Pfund 32.00
Thür. Serrahosenerwurst, 200g Schinken vorrätig	1/4 Pfund 6.95
H. Mettwurst und Hartwurst	1/4 Pfund 5.50
Preaskopf	1/4 Pfund 7.20
Bierwurst	1/4 Pfund 7.20
Handkäse	60 Pl.
Gambert	8 00 an
Dänische Sahne	1 Flasche 7.40
Mineralorkase, Kasefortkäse, Thierkäse	1/4 Pfund 3.50
Gerwald	8.50
Dän. Schweizerkäse	1/4 Pfd. 8.50
Cheddarkäse	1/4 Pfund 9.95
Holländer	1/4 Pfund 4.75
Beste Pflanzenbutter Margarine, Remond, Ölweibrost	1/4 Pfd. 3.75
Wirsing	1 Pfund 40 Pl.
Rotkraut	1 Pfund 45 Pl.
Schwarzwurst	1 Pfund 2.40
Filderkraut	1 Pfund 28 Pl.
Spinat	1 Pfund 35 Pl.
Neue Feigen	1/4 Pfd. 2.50
Kirschen	1/4 Pfd. 2.00
Walnüsse	1/4 Pfd. 3.00
Äpfel — Mandeln	
Moortvich	St. 1.90 an
Mirabellen, Reineclaud.	10.00 an
Pflaumen	12.75 an
Kirschen	10.75 an
Erbäsen	7.20 an
Pflaumen	12.75 an

Aus grosser Rehjagd:

Rehe ganz im Fell	1200 Pfund
Rehrücken junges zartes Fleisch	1500 Pfund
Rehkeulen ganz u. geteilt	1600 Pfund
Frische Odenwald-Hasen:	
Ragout vom ganzen Hasen	1000 Pfund
Hasenrücken	1500 an, Koule St. 950 an
Frischgeschl. Suppenhühner	2500 an
Frischgeschl. Hähnen	1500 an
Prima Mastgänse	1350 Pfund
Gans geteilt	1500 an
H. Schellfische, Kabeljau	400 Pfund
Lebende Rheinhechte, Bärse vorrätig	
Maisgries	1 Pfund 5.70, Perlage 5.75
Yafireis	1 Pfd. 5.50, geschl. Linsen 4.50
Weisse Bohnen	1 Pfd. 5.20, Erbsen 4.90
Pellacks Holl. Pudding	1 Paket 1.75 an
Backpulver	1 1/2 Pfg an, Eigelber 45 Pfg an
Vanille- und Mandel-Essenz	1 Flasche 1.00
Rosinen, Korinthen, Sultaninen, Orangest, Zimmt, Muskat und alle Gewürze.	

Frische Räucherfische - Kälsefrüchte

Geräuch. Maifischlinge	1/4 Pf. 1.90
Räucherheringe, Räucherhähne	billigst.
Delikatessen 4.75, Krabben D. 5.40	
Mayonnaise, Remoulade	10.25
Lachsreste	1.90
Sardellenpaste	2.70
Capern 3.25, Sardellen Glas	7.90
Pflaucherlinge, Mayonnaise	D. 11.75
Sauere Sardellen	1/4 Pf. 4.50
Vollheringe	120 Stück 1.20
Räucherhähne	1/4 Pfund 3.75
Weißwein Pfälzer	1/4 Pf. 12.50
Pfälzer Rotwein	1/4 Pf. 18.00
Cherry Sektwein	1/4 Pf. 27.00
Malaga	1/4 Pf. 19.75
Tafelkühmel	35.50
Burgogna Orig.-Packung	35.75
Non Crème de Vanille	1 Pkg 35.75
Schlichtes Steinbier	
Milch- u. Zwetschgenwasser vorrätig.	
Suppenk. Dary Emly	1/4 Pf. 45.00
Malakoffe	1 Pfund 4.50
Zichorie	1 Paket 2.10
Kornfrank, Quetsch	1 Pfd. 4.30
Coffeinr. Celaba-Kaffee	D. 8.50
Celaba-Kaffee mit Coffein	D. 4.50
Koarr's Erbsenwurst	1 Stück 2.40
Knorr's Maggi-Suppenpulver	1 Stück 60 Pl.
Korn- u. Roggenmehl	1 Pfund 2.25

Schmoller.

Verband der Deutschen Buchdrucker Bezirksverein Mannheim.

Todes-Anzeige.

In der Nacht von Mittwoch auf Donnerstag verschied plötzlich infolge Herzschlages unser langjähriges, treues Vereinsmitglied, der Kollege

Karl Lintz

im 61. Lebensjahre. Mit ihm verliert der Bezirksverein einen seiner ältesten Mitglieder und ersuchen wir unsere Kollegen dem Verstorbenen recht zahlreich die letzte Ehre zu erwählen.

Mannheim, 5. November 1920.
Der Vorstand.
Die Feuerbestattung findet morgen nachm. 3 Uhr im hies. Krematorium statt.

Gesangverein „Typographia“ Mannheim.

Todes-Anzeige.

Unseren verehr. Mitgliedern blickt die Trauernachricht, daß unser treues Mitglied, der Schullehrer

Karl Lintz

im Alter von 61 Jahren in der Nacht von Mittwoch auf Donnerstag infolge Herzschlages plötzlich verschieden ist.

Die Feuerbestattung findet morgen nachm. 3 Uhr im hiesigen Krematorium statt und ersuchen wir unsere Mitglieder, dem Verstorbenen recht zahlreich die letzte Ehre zu erwählen.

Mannheim, den 5. November 1920.
Der Vorstand.

Antilche Versteigerungen der Stadtgemeinde.

Sonntag, 8. Novbr. gelten folgende Karten 1. für die Verbräuer.

Daselbst finden Sie alle Art Herren-Garderoben. Man bedient Sie aufmerksam und freundlich und achtet darauf Sie so gut zu bedienen, dass Sie Veranlassung haben, dieses Haus weiter zu empfehlen.

Diejenigen Herren!

Wir sind sicher, daß Sie weiter Kunde bleiben

Kaufhaus für Herren-Bekleidung

Mannheim, O 3, 4a, 1 Treppe.

Daselbst finden Sie alle Art Herren-Garderoben. Man bedient Sie aufmerksam und freundlich und achtet darauf Sie so gut zu bedienen, dass Sie Veranlassung haben, dieses Haus weiter zu empfehlen.

Also kommen Sie!

Wir sind sicher, daß Sie weiter Kunde bleiben

Kaufhaus für Herren-Bekleidung

Mannheim, O 3, 4a, 1 Treppe.

Mannheimer Vereinsverband.

Freitag, 5. Nov. 1920, abends 8 Uhr im Museum des Rosengarten

Protest-Versammlung

gegen die farbige Besetzung

Rednerin: Helene Weber, Berlin. Männer und Frauen sind willkommen.

Eintritt frei. 12114

Eintrittskarten bei Heckel, Musikhaus Pfeiffer, Gramm, Kremes, Verkehrsverein u. a. G. Kaiser

Odenwaldklub

Sonntag, 7. Novbr. Reutlich-Weinlieb-Feierabend im Waldheim-Dorfheim

Am Sonntag, 7. Novbr. nachm. 4 1/2 Uhr, spricht Universitätsprofessor Dr. Briefs-Friedrich im „Museum des Rosengarten“

„Vom Untergang des Abendlandes“

Eintrittskarten zu Mk. 2.— (Reservierter Platz) und Mk. 1.— (einmalige Eintrittsgeld) sind zu haben bei Buchhandlung Kreyer

3 1, 4, Leiterlegasse 31, 11, Volkshaus und Arbeiterkassensaal K 1, 16, sowie bei den Messern, bei den letzteren 1 Mk.-Karten. 12274

Zentrale der Katholiken Mannheim.

Sonntag und Sonntag

Großes Schlachtfest

Wesentlichster Bestandteil

Wirtin Elisabeth Schmidt, Luisenpark 15

Auf Tapeten

weiche ich nächste Saison nicht durchläufe, gewöhne ich

20% Rabatt!

Reste bis 50% Nachlass! Innerer empfehle! Wachtels, div. Sort. Laster, Bodenwache

A. Winter, E 2, 4-5.

Herren- und Damenhüte

in Filz und Velour werden nach neuesten Mustern geformt, gewaschen und gefärbt

Anfertigung von Mützen.

Fabrik-Zweigstelle:

C 3, 19, II, R 6, 19

Kapplerstraße 11, II, Laurentiusstraße 18, IV

Karstadt-Patent-Spar-Ofen

D. R. P. a. 60-70%, ige Brennstoffersparnis.

Gas-Spar-Ofen „Acquator“

D. R. P. 30%, ige Ersparnis. Restlose Gasverbrennung.

Gas-, Brat-, Back- u. Dörr-Ofen „Backgut“, D. R. P. a.

Hauptortung: in all. Teilen des Bodens sind abholbar gleichmäßige Hitze.

Alleinverkauf: Max Höckel, Stuttgart, Langestr. 33.

Ofen im Betrieb anzusehen bei E. Wolf, F 1, 9.

In dankbarer Freude setzen wir die glückliche Geburt unseres Sohnes an.

Otto von u. Frau Martha geb. Bach

Mannheim, den 5. November 1920.

Aus bestem Gebiet eingetroffen:

Kammgarn-Hosen-Stoffe

Flausch-Ulster-Stoffe

Marengo-Cutaway-Stoffe

Tuchlager Keller, Seckenheimerstrasse 45.

Färberei und chem. Reinigung

leistungsfähiger Großbetrieb sucht für Mannheim geeignete Vertretung mit Annahmestelle.

Angebote unter C. P. 165 an die Geschäftsstelle dieser Ztg. 12298

Separat-Tanzkurs

Beginnt am 12. November im Ballhaus wieder ein feiner

Separat-Tanzkurs

Beginnt am 12. November im Ballhaus wieder ein feiner

Lud. Plümann, Speyerstr. 3

Telephon 3908.

ASBESTOL

Glühstrumpf-Härtmittel

unverwundlich überall wo Gas brennt.

Was ist Asbestol?

Die Glühstrümpfe haben den Nachteil, daß sie in der Lampe schon nach geringer Erhitzung zerfallen. Diesem Uebelstand hilft „ASBESTOL“ gründlich ab.

Es gibt keine zerbrochene Glühstrümpfe mehr, denn Asbestol macht Glühstrümpfe widerstandsfähig und haltbar.

Jeder im Gebrauch befindliche Glühstrumpf läßt sich nachträglich härteln. — Asbestol ist unerschütterlich und unverwundlich die Lebensdauer in jeder Lampe.

Generalvertretung und Alleinvertriebsrecht

Martin Kastner, C 3, 3, Telephon 6122

Rein Kleinfverkauf erhältlich in allen einschlägigen Geschäften.

Anzüge Ulster Damen- und Mädchen-Mäntel

Mit freier bios, daß ich den Stoffe gründlich habe für Haar- u. Kopfbedeckung

Ich kann Ihnen nur sagen: Verlangen Sie „Mantelform“ bei Herrn Frömer. Sie geben Gehalt bei jeder „Mantelform“ u. besonderer Veranlassung.

Herr Frömer & Co., Mannheim, 1908

Rheinhechte

Kabeljau Schellfische Hasenrücken Rehbraten und Ragout

empfehle

Th. Straube N 3, 1

Telephon 177

Bürger Schuhverkauf

Herren- u. Damen-Strümpfe große Auswahl in Damen- Halb- u. Spangstrümpfen sowie Damenstrümpfen preiswert zu verkaufen

Alfred Hucker Gr. Wallstraße 45

Hallestraße 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100

Kammer-Lichtspiele

Ab heute: 3. Abenteuer des berühmten
Meisterdetektiva

MAX LANDA

"Moriturus" (Dem Tode geweiht)

Sensationelles Detektiv-Drama in 1 Vorspiel und 5 Akten

Hauptdarsteller: **MAX LANDA** als Detektiv,
Hilde Wörner, Konrad Veidt u. Reinhold Schünzel

Die Namen der Darsteller bürgen für die Güte des Bildes

Dorrits Grauffeur Helles Lustspiel in 3 Akten
von Dorrit Weicker.

Anfang 4, Sonntags 3 Uhr.

National-Theater Mannheim.

Freitag, den 5. November 1920.

11 Vorlesung in Wiebe-Theater (11 Uhr) (Vorlesung 11)

Die Braut von Messina

oder: Die feindlichen Brüder

Tragedie mit Chören von Schiller.

Spielleitung: Wilhelm Rohrer.

In den Hauptrollen:
Hiebels — Fri. Fri.; Don Juan — Albert;
Don Celso — Hoffmann; Beatrice — Fri. Doerner.

Anfang 7 Uhr. Mittel-Treffe. Ende 9 1/2 Uhr.

National-Theater.

Am Donnerstag, den 11. November findet
im National-Theater eine Aufführung von

Der Barbier von Sevilla

komische Oper in 2 Aufzügen von Rossini zum
Beile von 4.50, 3.00 und 1.50 für den Platz halt.

Alle Plätze werden dem Gemeinwohl
Mannheims überlassen, das weitere Bietet wird
an Einzelpersonen auf schriftliche Bestellung ab-
gegeben. Die Zustellung von Einzelfarben an
Einzelpersonen erfolgt durch Bestellung. Einzel-
bestellungen müssen bis letztem Montag, den
8. November, mittags 12 Uhr schriftlich durch
Postkarte mit Rückantwort eingereicht werden.

Die Ausgabe der zugewiesenen Karten erfolgt
am Mittwoch, den 10. November von nachmittags
11 Uhr ab während der Kassenstunden.

Mannheim, den 5. November 1920.

Künstlertheater „APO LO“

Heute und folgende Tage abends 7 1/2 Uhr:

Erik Jan Hanussen der Meisterdetektiv
und weitere Attraktionen. S194

Giza Terna

im Kabarett Rumpelmayer.

Gesangverein „Sängerlust“

Gegr. 1895 Mannheim Gegr. 1895

Sonntag, den 7. November 1920,
nachmittags 2 1/2 Uhr im Nibelungenaal
des Städt. Rosengartens 12262

**Fünfundzwanzigjähriges
Jubiläums-Konzert**

mit anschließendem Festakt

Mitwirkende:
Minni Leopold (Sopran), National-
Theater Mannheim
Kammersänger Karl Erb (Tenor),
München
Musikdirektor **Th. Röhmeier** (Orgel
und Klavier), Pforzheim

Leitung: Musikdirektor **Wilhelm Fieder.**

Kartenverkauf bei: Hechel, O. S.
Mannheimer Musikhaus, P. 1, Ammann,
H. L. 10, Bender, Q. 2, 7, sowie d. Tageskasse

Vergnüg.-Gesellschaft Allemania, Ludwigshafen

Zu der am Samstag, den 6. Nov.
1920 abends 7-12 Uhr stattfindenden

Tanz-Unterhaltung

im Saale zum Schwanen in Foudenhalm

leben wir unsere Mitglieder sowie Freunde und
Gönner unseres Vereins mit der Bitte um zahl-
reiche Beteiligung herzlich ein.

Die Vorstandschaft.

In. Waschell
(Wäsche) in echtem
Haut in G. zu 20 u.
30 mtr. p. m. — 85 Pf
Blindnähen und Kordel
billig zu haben. 8078

Wirsingstraße, G 5, 14,
gegenüb. Spaltheimer

**DETEKTIV
INSTITUT**

Privat-Kunstabteilung

Albert Schupp

G. m. b. H.

MANNHEIM
P. 3, 1 P. 3, 1
Telephon 3316

Vertrauliche Kontakte
jeder Art 5251

Erhebungen in allen
Kriminal- u. Zivilprozessen
Gefahrlos und schnell.

Stehen Sie auf / Setzen Sie sich
dem Standpunkt, sich nur gute Filme anzusehen, so in unser Theater und beschaun den wirklich guten
I. Riesensfilm der Stuart-Webbs-Monumentalklasse!

Der Sprung ins Dunkle

6 gewaltige Akte 6

Eine Sensationstragödie

von einem russischen Fürstentum,
Wildbewegte Handlung, schneidige
Reiterkämpfe, märchenhaft schöne
Landschaftsaufnahmen gestalten die-
sen Film zu einer

Großattraktion

Die Schicksale einer an einem russi-
schen Fürsten verheirateten Deut-
schen, ihr Leben voller Demütigungen
und Knechtschaft, ihre Befreiung und
abenteuerliche Flucht.

In der Hauptrolle die
Jugendschöne **Stella Harf** (Gatte des berühmten
STUART WEBBS).

So was kommt von so was! Lustspiel in 2 Akten.

Anfang 5 Uhr! **SCHAUBURG** Letzte Vorstellung
Ende 10 1/2 Uhr! 8,10 Uhr!

Colosseum

Ab heute

Harry Piel

Das fliegende Auto

6 Akte Sensation der Sensationen 6 Akte

Der Storch im Salat

Lustspiel mit größtem Lacherfolg in 3 Akten

Harry Piel ab Diens. ab Walhalla

Nur 4 Tage!

WALHALLA

Ab heute — Erstaufführung!

Meisterwerk der Kinematographie!

HASS

Große Tragödie aus Spanien, dem Lande
des betäubenden Volles.

In der Hauptrolle:
Manja Tzatschewa

die einzige Film-Schöneheit
in Ausstattung und Handlung unerreicht!

Abschliessend: Das große Be programm.

Hass ab Dienstag im Colosseum

Nur 4 Tage!

Palast-Theater

Das grosse
Doppel-Programm!

**Der Schatten
einer Stunde**

Ein Frauenschicksal in 5 Akten
mit glänzender Besetzung.

In der Hauptrolle:

Hella Moja

Der Todfeind

Drama in 5 Akten

Nach Motiven des gleichnamigen Romans von
Louise Westkirch.

Spieldauer 2 1/2 Stunden

Letzte Vorstellung 7 1/2 Uhr

N 2,13 **Wilder Mann** N 2,13

??? Potratz-Klein **???**

Rhein. Pöcken-Ensemble mit seinem
glänzenden Programm. *9784

Am Pflügel: Herr Willy Farnbacher.

Weinstube z. Gutenberg

Inh.: **Hanni Schmid**
(aus Innsbruck) *9778

früher U 4, 19 jetzt **F 5, 6**
„Tiroterhof“. Neu renoviert.

Karl Theodor-Diele

0 6, 2

Neu eröffnet

Letzt-Modernste Tänze
ausgeführt von 12254

Karl Koch u. Partnerin.

Hüte

neu, zu mäßigen Preisen,
Unarbeit, n. neuest. Modell,
C. Scherer, Soden,
Sodenhalmstraße 46.

Auch Herren- und Damenhüte werden
modern u. billig umgeprägt, gew. u. gefärbt. S81

Pelz-Arbeiten
aller Art werden auf
geprüft. F. 4, 3 pl. 1015

Reparaturen
jeder Art zu
Flügel-Pianos
werden fachmännisch
ausgeführt in der
Pianosfabrik
Scharf & Hauk
Mannheim
Tel. 2469 und 2755.

Nähmaschinen
repariert Kunden,
L. 7, 10, Tel. 3629 6120

Heute Freitag
Der II. May-Regie-Meisterfilm

**Sancta
Simplicia**

Mit **Eva** und **Joe May**

Ausstattung und Aufnahme stellen den
I. Film der May-Serie in den
Hintergrund. S335

UT